HAMBURG/DEN 1. SEPTEMBER 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 200 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 13/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 35

Staats- und Wirtschaftskalender

23. August

Der Irenführer Michael Collins wird ermordet.

Die Nachricht von dem Tode Enver Paschas wird dementiert.

Polen verlangt in einer Note an den Völkerbund die Beseitigung des neutralen Streifens gegen Litauen.

In Ausführung des Washingtoner Abrüstungsabkommens fordert die japanische Regierung 130 Mill. Yen an. — Dollar: 1440 ℳ.

24. August

Die beschlagnahmten Bankguthaben in Elsaß-Lothringen werden wieder freigegeben, die Ausweisungen bleiben bestehen.

In der „Times" richtet der Vorsitzende der österreichischen Abteilung der Reparationskommission, Sir William Goods, einen Appell zugunsten Österreichs an die Vernunft, den politischen Verstand und das Eigeninteresse der alliierten Mächte.

Die bayerische Notverordnung ist aufgehoben worden.

Die Gewerkschaften überreichen der Regierung eine Reihe von Forderungen, die eine energische Bekämpfung der Teuerung ermöglichen sollen.

Der spanische Poststreik ist beendet. — Dollar: 1975 ℳ.

25. August

Die Berliner Reparationsverhandlungen werden abgebrochen, ohne daß es zu einer Entscheidung kommt.

Lloyd George kehrt aus dem Urlaub nach London zurück, um mit dem Amerikaner Cox (früherer demokratischer Präsidentschaftskandidat) über die Reparationsfrage zu verhandeln.

Die Gewerkschaften, sowohl die freien wie die christlichen, wenden sich an ausländische Schwesterorganisationen, um diese auf die deutsche Not aufmerksam zu machen.

In Verona beginnen die Unterhandlungen des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipels mit Schanzer. — Dollar: 1850 ℳ.

26. August

In Paris erstatten Bradbury und Mauclère der Reparationskommission über ihre Berliner Verhandlungen Bericht.

Die Besprechungen Seipel-Schanzer in Verona sind beendet.

Professor Keynes spricht in Hamburg auf dem Weltwirtschaftskongreß über das Reparationsproblem.

Die kanadischen Bergarbeiter haben einer Lohnherabsetzung um 15 % zugestimmt.

In Le Havre treten die Seeleute in einen 24stündigen Sympathiestreik für die Metallarbeiter ein.

Das deutsche Kabinett hat die Einleitung von Abwehrmaßnahmen gegen die drohende Teuerung beschlossen. — Dollar: 1800 ℳ.

27. August

Die Reparationskommission stellt es der deutschen Regierung anheim, deutsche Bevollmächtigte nach Paris zu senden.

Die Leipziger Herbstmesse wird eröffnet.

In München beginnt der Deutsche Katholikentag.

In Le Havre ist es anläßlich des Metallarbeiterstreiks zu schweren Unruhen gekommen.

28. August

Bradbury erklärt sich für ein bedingungsloses Moratorium bis Jahresende. Er erklärt ferner, von dieser Haltung nicht abweichen zu wollen.

In Berlin treten die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zusammen, um über die Teuerungsbekämpfung zu beraten.

Auf der Leipziger Messe sprechen Professor Cassel und Professor Schumacher über die Möglichkeiten der Gesundung der deutschen Währung.

Eine Note der Botschafterkonferenz erklärt die bisherige Führung der Kriegsbeschuldigtenprozesse in Leipzig für unzulänglich und teilt mit, daß die Überweisung von solchen Prozessen an das Reichsgericht künftig nicht mehr stattfinden wird.

In Wien wird die 20. Tagung der Interparlamentarischen Union eröffnet.

Das Reichspostministerium schlägt die Festsetzung des Zuschlags zu den Fernsprechgebühren auf 400 % vor.

Der Reichsbankdiskont wird von 6 auf 7 % erhöht. — Dollar: 1450.— ℳ.

29. August

Italien erklärt, daß es gewaltsame Veränderungen der österreichischen Grenzen als „casus belli" betrachten müsse.

In Williamstown beginnt eine inoffizielle Konferenz der amerikanischen Bankiers.

Die deutschen Unterhändler, Staatssekretär Schröder und Staatssekretär Bergmann, treffen in Paris ein.

Der in Le Havre begonnene Streik der französischen Metallarbeiter greift auf Rouen und Paris über.

Der polnische Staatschef Pilsudski erklärt Vertretern des Deutschen Volksbundes, daß er die Rechte der polnischen Deutschen unter allen Umständen schützen werde.

An der anatolischen Front hat der griechisch-türkische Kampf wieder begonnen.

Ernährungsminister Fehr stellt im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages eine neue Brotpreiserhöhung zum 15. Oktober in Aussicht. — Dollar: 1425.— ℳ.

Der erste Weltwirtschafts-Kongreß

Die unglücklichen Bürger der letzten Menschenalter, in Staaten gruppiert, die weder miteinander noch gegeneinander leben können, die sich ebensowenig entbehren wie ertragen mögen und also immer in Gefahr sind, aus Friedenszuständen, die keinen Frieden bedeuten, in Kriege zu stürzen, die sie eigentlich nicht führen wollen, und diese durch Friedensschlüsse zu beenden, die sie noch weniger wünschen können — diese unglücklichen Bürger haben schon Jahrzehnte vor dem Kriege mannigfache Anstrengungen gemacht, sich aus der Isolierung zu lösen, in die sie ein Ineinander von Zwang und Freiwilligkeit zu bannen schien. Das in jedem Betracht sichtbarste Ergebnis dieser Versuche waren die internationalen Veranstaltungen, die unter dem Namen Weltausstellungen bekannt sind. Tut man diesen monströsen Jahrmärkten unrecht, wenn man sie mit den Festen vergleicht, an denen sich das vielgespaltene Griechenland zu Wettspiel und Gottesdienst zusammenfand? Der Fortschritt der Zeiten hatte darauf gedrungen, den Kampf der Wagen und Gesänge durch den Wettbewerb von Maschinen und Vergnügungsstätten zu ersetzen, und an die Stelle feierlicher Lieder waren die Festrede und der Leitartikel getreten. Sie sprachen von dem völkerverbindenden Geist der neuen Zeit und ihren großen technisch-friedlichen Errungenschaften. Auch der wohlwollendste Chronist wird nicht feststellen können, daß sie die Bildung eines lebendigen europäischen Gemeinbewußtseins gefördert haben. Man lernte vom ausländischen Konkurrenten, aber er selber blieb unbekannt. Die Arbeitshypothese von der Gleichheit aller wohlerzogenen Menschen westlicher Zivilisation diente dazu, ihre Gewohnheiten einander anzugleichen; ihr nationales Eigenwesen aber wurde dadurch nur um so tiefer verdeckt. Noch heute weiß der Franzose vom Deutschen oder der Amerikaner vom Italiener so viel und so wenig wie vor einem Jahrhundert.

Dies ist im Krieg sehr deutlich geworden und hat sich auch in der Nachkriegszeit wenig geändert. Die Stacheldrähte, hinter denen die deutsche Delegation zu den Friedensberatungen in Versailles gehalten wurde, verschwanden bei den Beratungen der nächsten Jahre, aber es stellte sich heraus, daß es stärkere Hindernisse des Verstehens und Ordnens gibt als Stacheldrähte, nicht nur zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern, sondern auch zwischen diesen selber. Hier sollten nun die Konferenzen der Staatsmänner und der von ihnen approbierten Sachverständigen helfen. Wenn es nahe liegt, die Weltausstellungen mit den olympischen Spielen zu vergleichen, so ist es nur billig, diese Konferenzen mit den Kirchenkonzilien des christlichen Zeitalters zusammenzustellen. Es wird nur eine Meinung darüber geben, daß der Vergleich zugunsten der Konzilien ausfällt. Sie haben niemals versucht, die Welt glauben zu machen, daß eine Linie zugleich krumm und gerade und daß ein Ereignis zugleich möglich und unmöglich sein könne. Die Konferenzen haben das mit großer Virtuosität getan und Schlimmeres: sie haben schließlich kein anderes Resultat gehabt, als eine neue Konferenz zu gebären, die wiederum neue Konferenzen nötig macht. Man redete schließlich von einer Konferenz, die einberufen werden müsse, um weitere Konferenzen auszuschließen. Inzwischen verkommen Staat und Wirtschaft Mitteleuropas.

Was wird an die Stelle der Konferenzen treten? Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß wir in die Phase der Kongresse eingetreten sind. Die Weltausstellungen haben ein europäisches Gemeinbewußtsein vorgegaukelt, die diplomatischen Konferenzen haben geheuchelt und sabotiert; die Hoffnung des Tages gilt den Fachleuten und Sachverständigen, den Wissenschaftlern und Technikern. Man denkt an Männer, die der Praxis nahe genug sind, um erfahren zu sein, und doch unabhängig genug, um über die Zaunpfähle des eigenen Berufs und Interesses sehen und raten zu können; an Forscher, die in dem Lärm der öffentlichen Meinung die Ruhe des wissenschaftlichen Urteils sich bewahrt haben und die nicht nach Maßgabe ihrer Geschäftigkeit, sondern der Fundiertheit ihrer Einsichten ausgewählt sind. Diese Männer sollen, am besten auf neutralem Boden, zusammenkommen und in den Formen eines wissenschaftlichen Kongresses die Probleme des Neubaus der Weltwirtschaft erörtern. („Wiederaufbau" ist irreführend. Es ist weder möglich, noch eigentlich gemeint, das Alte wiederherzustellen. Die Absicht ist: erst die Fundamente zu schaffen, deren Fehlen den Einsturz von gestern verschuldet hat.)

Einen ersten Anfang in dieser Richtung, nicht mehr, aber auch nicht weniger, bedeutet der Weltwirtschaftskongreß, der vom 18. bis 26. August in Hamburg vor einer sehr zahlreichen Hörerschaft abgehalten worden ist, als zentrale Veranstaltung der Ersten Hamburger Überseewoche. Der Kongreß war in der Tat international. Aus England war John Maynard Keynes gekommen, aus Holland Prof. Bruins, aus der Schweiz Ständerat Wettstein, aus Spanien Prof. Bernis, aus Argentinien Prof. Bunge, aus Nordamerika Prof. Coars. Von den deutschen Referenten seien die Professoren Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Bernhard Harms und die Exminister Wissell und Stegerwald genannt. Die meisten Vorträge bezogen sich auf die wirtschaftlichen Zentralprobleme der Weltwirtschaft nach dem Kriege. Ein Tag war der russischen Frage gewidmet. Das Bild bestimmend, bleiben in der Erinnerung die eröffnende Rede Mendelssohn-Bartholdys über die sittlichen Grundlagen der Wirtschaft und das abschließende Referat von Keynes über die deutsche Reparationspolitik, beide gleich ausgezeichnet durch Gewicht und Mut, Ruhe und Maß, Geist und Bereitschaft.

Der Kongreß war ein Experiment und eine Neuerung in mehr als einem Sinn. Die Einladungen gingen nicht von einem Gremium von Wissenschaftlern aus, obgleich sie fast ausschließlich an Männer der Wissenschaft gerichtet waren, sondern von dem Präsidium der Überseewoche, das in der Hauptsache aus Männern der geschäftlichen Praxis zusammengesetzt war. Die Universität hatte ihre Räume geliehen, aber es scheint, daß sie selber nicht bei der Veranstaltung des Kongresses mitwirken durfte. Eine Erörterung der einzelnen Referate fand nicht statt, Sektionen wurden nicht gebildet. Nach den einzelnen Vorträgen hob ein Mitglied des Präsidiums aus dem Gesagten das hervor, was ihm am bemerkenswertesten schien, so wie man es von den Tagungen der großen Interessenvertretungen gewohnt ist, und das Schlußwort sprach der Präses der Hamburger Handelskammer. Die Gelehrten hatten so Gelegenheit zu beobachten, worin für die Praktiker der Schwerpunkt des Interesses an ihren Darlegungen lag. Aber es konnte bei dieser Handhabung nicht ausbleiben, daß bei allem Takt und aller Zurückhaltung bisweilen ein gewisses Mißverhältnis fühlbar wurde. Dies wird auf beiden Seiten gefühlt worden sein, und so wird das interessante Experiment dazu beitragen, daß Praktiker und Wissenschaftler anfangen, sich besser zu verstehen und nach neuen Wegen der Zusammenarbeit zu suchen. Die Notwendigkeit ist

für beide Teile gleich dringlich. Vielleicht aber wird man im nächsten Jahre finden, daß die glücklich begonnene Aufgabe am zweckmäßigsten in den alten Formen eines wissenschaftlichen Kongresses unter fachmännischer Leitung mit Referaten, Korreferaten, Diskussion und Untergruppen und mit noch lebhafterer Beteiligung von Kaufleuten, Bankiers und Industriellen als Redner und Hörer fortgeführt werden wird.

Oder wird schon im nächsten Jahr ein internationaler Wirtschaftskongreß größten Formats in den Vereinigten Staaten zusammenkommen? Professor Coar (Kingstown), dessen eindrucksvolle Rede uns gerade deshalb interessant scheint, weil er nicht unter die Fachmänner der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gezählt werden kann, sondern die Meinung des nordamerikanischen Laien drastisch und schonungslos aussprach, redete einer Zusammenkunft deutscher, französischer, belgischer, englischer und amerikanischer Industriellen das Wort. Er glaubt zuversichtlich, daß die Führer der Wirtschaft, wenn sie einmal erst an einem runden Tisch versammelt sind, das Reparationsproblem auf den Boden der Wirklichkeit zurückbringen werden. Professor Harms (Kiel) erweiterte in einem sehr tapferen Vortrag, der sich unbekümmert über viele Vorurteile der Arbeiterschaft wie des Unternehmertums hinwegsetzte, das Programm zu dem Gedanken eines Gesamtkongresses der führenden Theoretiker und Praktiker der Wirtschaft auf amerikanischem Boden. Es scheint, daß hierfür einige Vorarbeit geleistet ist. Ob der Plan verwirklicht werden kann, wird im wesentlichen davon abhängen, ob die amerikanischen Nationalökonomen aus ihrer Reserve heraustreten und die Initiative ergreifen werden. Es ist nicht mehr wahrscheinlich, daß das alte Europa in dieser Phase, müde, vergiftet, ohne große Staatsmänner und ohne befeuernden Gedanken, den Weg aus der Sackgasse finden wird, in die es die Blindheit seiner angeblichen Führer und die Taubheit der dumpfen Massen geführt hat. Wenn in zwölfter Stunde nicht durch den Druck des Gläubigerkontinents, dem in der europäischen Politik die Rolle zuzufallen scheint, die in der Krisis Griechenlands dem persischen Großkönig zufiel, ein halbwegs erträglicher Zwischenzustand erzwungen wird, so bleibt nur die gutgegründete Hoffnung auf ein kommendes Geschlecht, das nicht mehr in den heillosen Zirkel des Tuns und Planens der Väter und Großväter eingeschlossen ist.

Spectator

Keynes und die deutsche Reparationspolitik

An der Hamburger Rede von Keynes über die deutsche Reparationspolitik war viererlei bemerkenswert: seine Behauptungen, seine Vermutungen, seine Vorschläge und seine Person. Am wichtigsten erscheint uns diese Person selber. Nicht, daß von ihr eine besonders mächtige Wirkung ausginge. In einer Gruppe europäischer Intellektueller würde er wenig auffallen: schlank und nervös, versonnen und ein wenig besessen, ein Träumer und Rechner, in einer höchst individuellen Verbindung, die auf dem Kontinent häufiger sein wird als auf der Insel Mills und Benthams. Aber er ist zugleich Engländer, und dies gibt ihm eine Ganzheit, die seinen kontinentalen Vettern abgeht. „Ich möchte nicht behaupten," sagt einmal Eckermann zu Goethe, „daß unsere weimarischen jungen Engländer gescheiter, geistreicher, unterrichteter und von Herzen vortrefflicher wären als andere Leute auch." „In solchen Dingen, mein Bester," erwiderte Goethe, „liegt's nicht. Es liegt auch nicht in der Geburt und im Reichtum; sondern es liegt darin, daß sie eben die Courage haben, das zu sein, wozu die Natur sie gemacht hat. Es ist an ihnen nichts verbildet und verbogen, es sind in ihnen keine Halbheiten und Schiefheiten, sondern wie sie auch sind, es sind immer durchaus komplette Menschen."

Aber Keynes ist auch darin Engländer, daß er an den Fortschritt der öffentlichen Meinung, an den Sieg der Tatsachen-Vernunft und an die Selbstheilung des kranken Staatensystems glaubt. In seinem ersten Buch trat dieser Zug nicht so deutlich hervor. In der verhängnisschweren Luft von Versailles und Paris vom Frühjahr 1919, schien ihn ein Atem der düsteren Mächte angeweht zu haben, die den Kontinent zur tragischen Bühne machen. In seine heimatliche Insel zurückgekehrt, während der Lauf der Dinge die ärgsten Befürchtungen zuschanden zu machen schien, hat sich sein Wesen dem Zwang des höllischen Gesichts entzogen. An die Stelle visionären Schauders ist ironische Überlegenheit und eine fast heitere Zuversicht getreten. Ob diese gelöste Stimmung wohl anhalten würde, wenn er auch nur ein paar Wochen in dem Inferno Mitteleuropas unter den jungen Menschen leben würde, denen seine letzte Frage galt?

Dennoch ist es gut, diese helle und feste Stimme vom anderen Ufer zu hören. Sie behauptet wenig, aber das Wenige ist um so gewichtiger. Sie räumt mit zwei Illusionen auf, denen bei uns die meisten wirklichen und alle vermeintlichen Sachverständigen angehangen haben: daß Sachleistungen einen Vorteil vor Barleistungen bedeuten und daß auf eine Auslandsanleihe von einigen Milliarden Goldmark zu rechnen sei. Beide Gedanken haben als Ingredienzien der Diplomatie ihr Gutes gehabt; technisch sind sie ohne Wert. Sachleistungen steigern nicht die Fähigkeit zu Reparationen, sondern vermindern sie. Auslandsanleihen von auch nur einer Milliarde Dollar sind unter keinerlei annehmbaren Bedingungen unterzubringen — es sei denn, daß der Erlös der Anleihe dem eigenen Lande zugute kommt. Hiermit sind zwei der schädlichsten Illusionen begraben.

Wichtig ist auch die Feststellung, daß es Deutschland an einem wirksamen Anreiz gefehlt hat, eine bessere Finanzpolitik zu treiben. „Selbst wenn die deutschen Sachverständigen noch so geschickt und zähe versucht hätten, die Mark zu stabilisieren oder den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, wäre die sichere Folge nur gewesen, daß die Alliierten ihre Forderungen in gleichem Maß erhöht und damit jede Anstrengung vereitelt hätten. In solcher Lage war einfach nichts zu tun, und mehr zu verlangen heißt unmögliches von der menschlichen Natur erwarten."

Nicht weniger aber sollte die Kritik der deutschen Reparationspolitik gehört werden, die sehr höflich zwischen den Zeilen der folgenden Sätze versteckt ist: „Ich glaube, daß die Zeit nun da ist, wo die Praktiker in Deutschland sich ernstlich dem Entwurf eines Planes widmen können, ausgehend von dem, was in Wirklichkeit ausführbar ist, und nicht mehr ausgehend von der Absicht, eine mißleitete und vorübergehende öffentliche Meinung in Frankreich oder anderwärts zu beschwichtigen. Deutschland muß Ideen vorbereiten und trachten, die Einzelheiten für eine Politik auszuarbeiten, die nicht bloße Papierpolitik oder Diplomatie ist, sondern eine, die ausgeführt werden kann und die auszuführen beabsichtigt wird. Es ist durchaus möglich, daß irgendwann im Lauf des nächsten Jahres

eine große allgemeine Konferenz abgehalten wird und es ist besser, seine Ideen vorher durchdacht zu haben, als sie im letzten Augenblick unter dem Druck der momentanen politischen Lage zu improvisieren."

Dies ist für den, der hören will, deutlich genug; und es wird vermutlich gehört werden, da es von einem Ausländer gesagt wird. Inländer, die dasselbe sagen, gelten leicht bei den einen als unpatriotisch, bei den andern als unpolitisch, bei beiden als doktrinäre Narren. Aber auch ihre Zeit wird kommen.

Keynes glaubt, daß sie nahe ist. Er glaubt nicht an die großen Worte und starken Gesten der französischen Politik, weil eine große und starke Politik eben diese Worte und Gesten nicht nötig hat. Dies ist ein ausgezeichnetes Argument. Er glaubt aber auch nicht an die Wahrscheinlichkeit, daß Frankreich aus militärischen und territorialen Motiven eine agressive Politik durchführen wird — weil er selber den Wert militärischen Vorgehens gering einschätzt. Dies Argument ist schwächer, und Keynes bekennt selber, daß er sich dieser Schwäche bewußt ist: sie stammt aus einem Apriori der englischen Geschichtsbetrachtung. Keynes glaubt auch nicht an eine unheilbare Zersetzung Deutschlands. „Ein so großes und festverwurzeltes Gebilde wie eine Nation kann ein ständiges Sinken ihrer Lebenshaltung erleiden, aber sie kann nicht plötzlich völlig zusammenbrechen, es sei denn aus eigener Verblendung." Soweit sich dies auf die Mechanismen von Geschäft und Verwaltung bezieht, wollen wir das gern, als eine Art von Arbeitshypothese, annehmen. Aber es gibt eine Zersetzung, die schlimmer ist als die Zerrüttung des staatlich-wirtschaftlichen Apparats: die Lähmung des politischen Willens, die Unfähigkeit, leitende Männer hervorzubringen und den mißtrauischen Widerstand der von Enttäuschung zu Enttäuschung gestoßenen Massen. Diesem Zustand ist Deutschland bedenklich nahe gekommen. Nichts Demoralisierenderes, als das ständige von Tag zu Tag leben.

Der Plan, den Keynes für eine künftige Regelung der Reparationszahlungen entwirft, scheint einfach und in seinen Grundzügen praktikabel. Das Wertvolle daran sind nicht die eingesetzten Zahlen, sondern das Schema, in das sie versuchshalber eingesetzt sind. Der Reparationszeitraum wird in drei Phasen gegliedert: in der ersten sind von Deutschland überhaupt keine Reparationszahlungen zu leisten, sondern Reichshaushalt und intervalutarische Kurse zu stabilisieren; in der zweiten wird eine Kombination von mäßigen Pflichtzahlungen und freiwilligen Zusatzzahlungen befürwortet, die samt Zinseszinsen auf den Gesamtbetrag angerechnet werden, der erst am Beginn der dritten Phase fällig wird; in dieser Phase wird der Rest im Lauf von etwa fünfzehn Jahren durch abnehmende Jahresraten getilgt. Keynes gibt dieses Projekt für nicht mehr aus, als was es uns wirklich wert sein kann: als Ausgangspunkt für eine Diskussion unter Sachverständigen. Er räumt selber ein, daß es unmöglich ist, zuverlässige Zahlen zu nennen, ehe nicht die Ergebnisse der Stabilisierungsphase sichtbar geworden sind. Wir wollen also auch nicht lange dabei verweilen. Keynes setzt den Beginn der zweiten Phase schon mit dem Jahre 1924 an; wie es scheint, viel zu früh. Er rechnet mit Pflichtzahlungen von 1924 bis 1930 in Höhe von jährlich mindestens einer Goldmilliarde; wie es scheint, erheblich zu hoch. Und er bemißt den 1930 fällig werdenden Gesamtschuldbetrag auf 40 Milliarden Goldmark; wie es scheint, ziemlich reichlich — auch wenn man in Betracht zieht, daß die von ihm vorgeschlagene Regelung zusammengehen soll mit einer totalen Streichung der Sachlieferungen (einschließlich Kohle); der Auflösung der Reparationskommission und, vor allem, der Beendigung der Besetzung der Rheinlande.

Immerhin: hier ist ein Vorschlag, der in der Tat den Vorzug hat, diskutierbar zu sein. Für realisierbar halten wir ihn nur in Verbindung mit einem Abkommen zur Stabilisierung der intervalutarischen Kurse und mit einer Klausel, die automatisch die deutschen Zahlungen vermindert, wenn der Markkurs trotz dieser Vorkehrungen ins Sinken gerät. Endlich noch eine terminologische Bemerkung, die mehr als terminologische Bedeutung hat: es empfiehlt sich, die erste zahlungsfreie Phase des Abkommens nicht mit dem Worte Moratorium zu bezeichnen. Es handelt sich nicht um Aufschub einer Zahlung, sondern um Feststellung der Schuld und Aufstellung eines Zahlungsplans. Wäre dieser Gedanke klar erfaßt und festgehalten worden, so wäre die Rede von Garantien und Pfändern sinnlos geworden. Es handelt sich eben nicht um ein Verhältnis, das nach Analogie der privatrechtlichen Zahlungsunfähigkeit zu konstruieren ist. Wer Moratorium sagt, muß sich darüber klar sein, daß er damit nur die Position gewisser französischer Sachwalter stärkt, die nicht nur ihre Bilder aus der Sphäre des Gerichtsvollzieherdenkens nehmen.

Kurt Singer

Amerikanische Arbeiterhilfe für Rußland

Während in Genua und im Haag die Vertreter des russischen Sowjetstaates vergeblich um Kredit und internationale Anerkennung warben, d. h. um dasjenige Maß von Vertrauen, ohne welches der Staat das dringendste, was er braucht: Kapital, nicht erhalten kann, und während die Staatsmänner eines immer noch christlich sich nennenden Europa über den Todeskampf von 20 Mill. Menschen zur Tagesordnung: die Bezahlung der Schulden eines zahlungsunfähig gewordenen Schuldners, übergingen, ist von den organisierten Arbeitern der Vereinigten Staaten eine Bewegung ausgegangen, die, wenn sie Erfolg hat, eine wirklich schöpferische, aufbauende Hilfeleistung zur Rettung Rußlands zu werden verspricht. Rußland braucht, um seine Industrie wieder in Gang setzen, d. h. vom Ertrag intensiver wirtschaftlicher Arbeit leben zu können, Kapital; Kapital in Form von barem, werthaltigem Geld und Kapital in Form von technisch geschulten Arbeitern. Erhält es dies nicht, so muß es Beute machen (d. h. irgendwo Krieg führen) oder durch Elementarkatastrophen (Hunger, Seuchen) den natürlichen Nahrungsspielraum „strecken". Kapital in beiden Formen scheinen die amerikanischen Arbeiter unter Bedingungen, die dem Sowjetstaat zur Aufrechterhaltung seiner eigenartigen Prinzipien nötig sind, liefern zu wollen. —

In zwei verschiedenen Formen scheint sich bisher das Interesse der amerikanischen Arbeiter für Wiederbelebung der russischen Industrie betätigt zu haben: beide Male handelt es sich nicht etwa um charitative Bestrebungen, sondern um rein sachlich gedachte, auf ein wirtschaftliches Erwerbsinteresse ausgerichtete Unternehmungen. Das eine Mal um den Versuch einer proletarischen, nicht imperialistischen Kolonisation durch Auswanderung von amerikanischen Industriearbeitern, das andere Mal um den Versuch einer Finanzierung der sozialisierten russischen Industrie durch Kapitalien der Arbeiterorganisationen auf genossenschaftlicher Grundlage, beide Male um Bestrebungen, die dem, was wir von dem Expansions-

drang des offiziellen Amerika wissen, diametral entgegengesetzt sind.

Im November 1921 kam es in Moskau zwischen dem zuständigen Sowjet der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik und einer Gruppe von Arbeitern der Vereinigten Staaten, die durch einige Ingenieure vertreten war, zu einem Vertrag, der, kurz gesagt, zwei bedeutende Wirtschaftsrayons mit den bestehenden Fabriken und sämtlichem Zubehör den amerikanischen Arbeitern, die sich zur Auswanderung nach Amerika entschließen, zur Ausbeutung überläßt. Dieser Vertrag ist in der Nummer 2971 vom 14. 6. 1922 der New Yorker Wochenschrift „The Nation" in englischer Sprache in vollem Wortlaut veröffentlicht. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende: Die durch Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften verstärkte „Organisationsgruppe" erhält als eigene Rechtspersönlichkeit Nadejdenski Zawod und eine Anzahl von Unternehmungen im Kuznetskabecken in Sibirien („Kuzbas") zur Ausbeutung. Diese sog. Wirtschaftseinheit, die von drei „Genossen" geleitet wird, in denen man die „promoters" der Unternehmung erblicken darf, bildet eine sowjet-staatliche Unternehmung, das ganze Produktionsergebnis gehört dem Staate, sie ist dem Obersten Volkswirtschaftsrat und den örtlichen Organen unterstellt und erhält ein von der obersten Wirtschaftsbehörde gebilligtes eigenes Statut.

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Ausbeutung folgender Betriebe:

a) Nadejdenski Zawod mit sämtlichen Nebenindustrien (Eisenerzgruben, Kohlenbergwerke, Wälder usw.) nach einem vom Wirtschaftsrat des Ural gebilligten Plan;
b) Kohlenbergwerke in Kemerowa mit dem ganzen vorhandenen Inventar und allen Nebenindustrien (Koksöfen, chemischen Fabriken, Sägewerken usw.);
c) zwei Ziegeleien und eine Leder- und Schuhfabrik in Tomsk;
d) andere Betriebe, die vom sibirischen Wirtschaftsrat gegebenenfalls zugewiesen werden.

Der Betrieb muß mindestens zwei Jahre lang ohne Unterbrechung aufrechterhalten werden gegen folgende Verpflichtungen:

a) die Amerikaner müssen für die beiden Gebiete 2800 bzw. 3000 vollkommen geeignete Arbeiter und das nötige technische Personal stellen;
b) die Kolonisationsgruppe stellt aus Beiträgen der Mitglieder je Mann 100 $ zum Ankauf von Maschinen im Ausland und weitere 100 $ je Mann für Beschaffung von Lebensmitteln. Der russische Staat beteiligt sich finanziell entsprechend (siehe später);
c) die Kolonie verpflichtet sich, das zwischen ihr und den zuständigen Behörden vereinbarte Arbeitsprogramm nicht nur zu bewältigen, sondern die Produktionsleistung nach einem Jahre um mindestens 100 % zu steigern. Diese Verdoppelung der Produktion darf jedoch nicht das Ergebnis einer Verdoppelung der Arbeiterzahl sein, sondern nur erreicht werden durch Erhöhung der durchschnittlichen Produktionsleistung jedes einzelnen Arbeiters;
d) die amerikanische Arbeitsgemeinschaft muß alle derzeit in den Werken beschäftigten russischen Arbeiter übernehmen und darf neue russische Arbeiter anwerben, muß ihnen aber die gleichen Rechte einräumen wie ihren Mitgliedern, wogegen sich die russischen Arbeiter der amerikanischen Arbeitsdisziplin und den amerikanischen Arbeitsmethoden fügen müssen;
f) jeder nach Rußland kommende amerikanische Arbeiter muß sich auf vier ihm vorgelegte Thesen verpflichten. Diese Leitsätze sind von Lenin entworfen und lauten:

1. Das Organisationskomitee und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind kollektiv verantwortlich dafür, daß nur solche Arbeiter nach Rußland kommen, die bereit und entschlossen sind, bewußt die vielen Entbehrungen zu ertragen, die der Wiederaufbau der Wirtschaft in einem rückständigen Lande, das durch Krieg und Gegenrevolution erschöpft ist, mit sich bringt;
2. jedes Mitglied der Kolonie verspricht, sein ganzes Können und Wissen zu betätigen, um einen möglichst hohen Grad der Produktivität zu erreichen. Dadurch soll der Beweis erbracht werden, daß die Arbeiter zur Leitung der Wirtschaft besser befähigt sind als die Kapitalisten; jeder Arbeiter verpflichtet sich zur striktesten Unterordnung unter die Disziplin der Kolonie;
3. die Mitglieder der Kolonie verpflichten sich, bei Streitigkeiten die endgültige Entscheidung der höchsten Sowjetbehörde in Rußland anzuerkennen;
4. die Mitglieder der Kolonie versprechen, Rücksicht zu nehmen auf den Gemütszustand der durch Hunger und Erschöpfung heruntergekommenen russischen Arbeiter und Bauern, werden auf jede Weise das Entstehen von Reibungen, Mißverständnissen usf. vermeiden und sich mit allen Mitteln bemühen, freundschaftliche Beziehungen zu den russischen Arbeitern und Bauern herzustellen. —

Andere Punkte des Vertrags regeln den Transport der amerikanischen Arbeiter von ihrem Lande bis an ihre künftige Arbeitsstätte.

Was nun bietet die russische Regierung der Arbeiterkolonie? Die Sowjetregierung widmet dem Unternehmen zunächst ein Kapital bis zu 300 000 $, wovon je 100 $ für den Siedler zum Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Betriebsmitteln für die Kohlenbergwerke dienen, der Rest soll zur Entschädigung der Betriebsleiter und zur Bestreitung der Einrichtungsspesen dienen. Weiter stellt die Regierung den Siedlern Holz zum Wohnungsbau und 10 000 Desjatinen Ackerland zur Verfügung und überläßt der Arbeitsgenossenschaft 50% des erzielten Mehrertrags der Produktion zu wirtschaftlich freier Verwendung sowie den ganzen Ertrag der landwirtschaftlichen Betriebe und des Holzschlags nach den staatlich sanktionierten Regeln. Die Regierung verpflichtet sich weiter zu liefern: alle Bedarfsgegenstände, die im Gebiete der Kolonie nicht produziert und für den Betrieb notwendig sind, einschließlich einer genügenden Menge von Geldzeichen, von Transportmitteln aller Art, Zement und Fassoneisen, wofür die Kolonie verspricht, durch ihre Spezialisten eine Verbesserung der Betriebsmethoden und eine Erhöhung der Kapazität der Werke zu erreichen. Im ersten Jahre erhalten die Kolonisten Payoks wie die russischen Arbeiter der gleichen Kategorie, die entsprechende Ausrüstung an Winterkleidern und 60 000 Pud Mehl für die Arbeiter, die Holz für den Winter 1922/23 schlagen.

Alle diese Bestimmungen gelten vorläufig für ein Jahr, nach Ablauf des ersten Jahres soll ein neues Abkommen getroffen werden, wobei die Regierung das Prinzip anerkennt, daß die „Einheit" ein Recht auf eine genügende Menge ihres Produkts hat, um ihr Produktionsziel zu erreichen. Beide Parteien können das Vertragsverhältnis lösen. In diesem Falle ist entschädigunglose Rückgabe aller Produktionsmittel, Vorräte und Gebäude usw. an die Sowjetregierung bedungen. Rußland wird im Falle des Mißlingens des Experiments die Teilnehmer auf seinen Transportmitteln wieder heimbefördern.

Handelte es sich bei dem eben dargelegten Unternehmen um die Verpflanzung amerikanischer Fachkenntnisse und Arbeitsgeschicklichkeit nach Rußland, also um Pionierarbeit, so

dient ein zweites Projekt der Wiederinbetriebsetzung vorhandener, aber brachliegender Produktionsmittel durch amerikanisches Arbeiterkapital, also: Finanzierung eines gewissen Rayons oder einer gewissen Anzahl von industriellen Betrieben durch (im ganzen) proletarisches Kapital mit Umgehung des Kapitalmarkts, der Banken und direkte Aufbringung der Mittel auf genossenschaftlichem Wege durch Anteilszeichnung. Dies ist der kurze Sinn eines Vorvertrags, der unlängst zwischen dem Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetrepublik einerseits und einem „Verband der amerikanischen Industriearbeiter für den amerikanisch-russischen Wirtschaftsverkehr" (American-Russian Trade Industrial workers' Association) anderseits geschlossen wurde. Die beiden Vertragspartner kamen überein, in Rußland ein gemeinsames Zentralamt zu errichten. Diesem würden vom Obersten Volkswirtschaftsrat Werkstätten und Fabriken verschiedener Industriezweige samt Einrichtung und allem Zubehör zur Ausbeutung übertragen. Die amerikanischen Arbeiter finanzieren diese Unternehmungen — es handelt sich in erster Linie um die Übertragung einer Gruppe von Fabriken des Bekleidungsgewerbes in Moskau und Petersburg mit einer Belegschaft von 7000 Arbeitern samt allem Zubehör — durch Ausgabe von Anleihen, welche die amerikanischen Arbeiterorganisationen als solche, die Einzelmitglieder der Organisationen und schließlich auch sonstige Privatpersonen zeichnen sollen. Die sämtlichen übertragenen Sachwerte sollen inventarisiert und ihr Goldwert festgestellt werden. Eine Unterbrechung der Produktion durch die Finanzierung findet nicht statt. Überfremdung durch andere als Arbeiterkapitalien soll durch Sperrung der Anteile vermieden werden. Der Wert der (zwei) Kleider- und der (zwei) Textilfabriken, die den eigentlichen Gegenstand der Transaktion bilden, wird nach den Angaben von Mr. Hillman, dem Präsidenten der Vereinigten Arbeiter des Bekleidungsgewerbes, auf 2—5 Mill. $ geschätzt. Diese Fabriken, so heißt es in der Einführungsansprache des Genannten, sind greifbar da, die Arbeiter sind da und arbeiten, die Textilfabriken sind ganz modern eingerichtet, es fehlt, um sie rationell arbeiten zu lassen, 1 Mill. $ Betriebskapital. Dieses eben soll durch Ausgabe von Anteilen zu 10 $ al pari von den amerikanischen Arbeitern aufgebracht werden, da die Banken den russischen Sowjetstaat boykottieren. Die Sowjetregierung garantiert das investierte Kapital auch im Falle des Mißlingens der Unternehmung. Der amerikanische Befürworter des Projekts rechnet mit einem sicheren Gewinn von 10 % und schlägt vor, eine höhere Rente wieder ins Geschäft zu stecken. Man darf wohl mit größter Zuversicht auf ein Gelingen des Unternehmens rechnen und zwar hauptsächlich deshalb, weil der Staat diese Gesellschaft ausreichend mit eigenen Aufträgen versehen und sie bei Lieferung des Rohmaterials usw. in jeder Weise bevorzugen wird. — Der dem Vorvertrag beigefügte „Entwurf eines Statuts für das russisch-amerikanische Zentralamt der vereinigten Industrieunternehmungen" regelt die Befugnisse dieser gemischten Behörde, welcher die technische und kaufmännische Leitung der ihr übertragenen Einzelunternehmungen und Gruppen von Unternehmungen, die Aufstellung von Produktionsplänen und die Überwachung der Ausführung, alle organisatorische Arbeit, die Regelung der Produktion und des Absatzes der Produkte, die Ausführung aller Maßnahmen behufs Erweiterung der Unternehmungen und Verbesserung der Produktion usf. übertragen wird.

Übersehen wir das ganze Projekt, das offenbar als Schema für künftige Verträge gedacht ist, so können wir sagen, daß hier eine Form des staatlichen Kapitalismus vorliegt, das stark an vorkapitalistische Zustände, wie sie etwa in der Antike geherrscht haben, erinnert: Staatsfröner, zum Teil vom Staate mit peculium ausgestattet, arbeiten in Ergasterien, d. h. staatlichen Betriebswerkstätten, für den Staat als Hauptauftraggeber und mit ihm als geschäftlichen Partner. Der Staat, der sich bewußt mit der Sorge für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung belastet hat, und für den die wirtschaftlichen Aufgaben eminent staatliche, politische Aufgaben sind, muß, wenn er das nötige Kapital heranziehen will, kapitalistische Inseln schaffen, in denen sich die private Initiative (der Landesfremden) unter staatlicher Aufsicht relativ frei entfalten darf. Ob auf diese Weise überhaupt und in welcher Zeit der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands gelingt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat das amerikanische Proletariat, das wahrhaft nicht auf Rosen gebettet ist, anders wie manches europäische, das so oft die besten Gelegenheiten zu konstruktiver, schöpferischer Betätigung im Sinne proletarischer Ideale hat vorübergehen lassen, eine kühne Initiative entfaltet, die ganz dem Sinne und Wesen proletarischer Solidarität entspricht.

Prof. Arthur Salz

Deutschland

Chronik der Volkswirtschaft

Der Durchschnittskurs des Dollars nach den Berliner Notierungen stellte sich in der abgelaufenen Woche auf 1590. Am 24. August mußten bei neuem scharfen Anziehen der Kurse erstmalig an 2000 ℳ für den Dollar gegeben werden. Sind schon die Schwankungen der amtlichen Notierungen von Tag zu Tag beträchtlich, so wird die Unsicherheit der Preis- und Kalkulationsverhältnisse durch die ganz erheblichen Bewegungen noch vermehrt, die in der Zwischenzeit — sei es auf der Börse oder außerhalb der Börsenzeit — vor sich gehen. Das Bild von der Zerrüttung der deutschen Währung wäre unvollkommen, wollte man nicht die Schwankungen der Kurse erwähnen, die innerhalb weniger Stunden ein Drittel des Tageskurses und mehr ausmachen! Beispielsweise wurden am 25. August, wo der amtliche Berliner Devisenkurs 1850 betrug, im Lauf des Vormittags folgende Sätze für Dollarnoten genannt: 2350, 2600, 1950, 2125, 1775. — Der Verkehr hält sich bei diesen Kursen in engen Grenzen; besonders auf den Provinzbörsen fehlt es zunächst vollkommen an Abgebern für Devisen. — Das Termingeschäft ruht angesichts der Unsicherheit aller Zukunftsverhältnisse und der scharfen Kreditklemme vollständig.

Es würde zu weit führen, die verschiedenen Stadien in der Behandlung der Reparationsfrage anzuführen, welche das hauptsächlichste Moment für die Unruhe der Kursgestaltung abgeben. Eine irgendwie endgültige Entscheidung ist ja auch noch nicht getroffen worden. Erwähnenswert ist immerhin die Bereitschaft der Reichsregierung, 50 Mill. ℳ in Goldmünzen der Reichsbank als Sicherheit für die Holz- und Kohlenlieferungen ins besetzte Gebiet zu verbringen und weiterhin — offiziell freilich nicht bestätigt — die Bereitwilligkeit, die linksrheinischen Staatsforsten und Staatsbergwerke, gleichfalls zur Sicherheit für die genannten Lieferungen, einem Entente-Kommissariat zu unterstellen. Hier muß freilich daran erinnert werden, daß nach Verlust der Saargruben kaum noch linksrheinischer Grubenbesitz des Staates vorhanden ist. Was den Goldbestand der Reichsbank betrifft, so stellt er mit 1005 Mill. ℳ gegenüber dem Umlauf an papierenen Zahlungsmitteln von 227 662 Mill. ℳ [nämlich nach dem

Reichsbankausweis vom 23. August Banknoten 215 168,3 Mill. (+ 9892,9 Mill.) und Darlehnskassenscheine 12 493,8 (÷ 27,3 Mill.)] eine beachtenswerte Golddeckung dar, die bereits bei einem Dollarkurs von 951 (der einem Entwertungsfaktor der Mark von 226,5 entspricht), als „vollmetallisch" gelten könnte. —

In dieser Lage drängt sich die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, die Goldvorräte der Bank nützlicher anzuwenden, als es zurzeit geschieht, wo sie gänzlich ruhen.

Bemerkenswert ist, daß die Neuschaffung von Zahlungsmitteln durch die Notenpresse kaum mehr den Ansprüchen des öffentlichen Bedarfs nachkommt, zumal durch den Streik in der Reichsdruckerei die Notenpresse mit ihrer Arbeit in Rückstand gekommen ist. Jedenfalls ist nun auch in Deutschland der aus der Assignatenzeit, aus Rußland und Österreich bekannte Zustand erreicht, daß die Ausgabe von Papiergeld weit hinter den Mengen zurückbleibt, die der Warenverteuerung entsprechen würden — mit anderen Worten: die Inflation bleibt hinter der Warenteuerung zurück. Die Anwendung des Handelswechsels nimmt fortgesetzt zu. Die Reichsbank hat nunmehr — am 28. August — eine weitere Erhöhung des Diskontsatzes um 1 auf 7 v. H. (des Lombardzinses auf 8 v. H.) durchgeführt, nachdem bis wenige Tage vorher abwechselnd von einer Erhöhung um 2 v. H. und deren weiteren Hinausschieben die Rede war.

Über die Verschiebung im Bestand der Reichsbank an privaten Wechseln und Reichsschatzanweisungen während des letzten Jahres unterrichtet nachstehende Übersicht:

Stand zum Monatsende	Wechsel b. d. Reichsb. Mill. ℳ	Schatzw. b. d. Reichsb. Mill. ℳ	Schatzw. i. fr. Verkehr Mill. ℳ
1921 Juni.....	1 565	79 608	106 424
„ September	1 142	98 422	111 987
„ Dezember	1 062	132 331	114 591
1922 März	2 152	146 531	125 404
„ Juni.....	4 752	186 126	108 940
„ Juli	8 122	207 758	99 853
Ausweis 23. 8. 22	16 727,8	224 482,7	88 295,4

Das Notenausgaberecht der Privatnotenbanken ist nunmehr wie folgt festgesetzt (in Mill. ℳ):

	insgesamt jetzt	insgesamt bisher	steuerfrei jetzt	steuerfrei bisher
Bayerische Bank	600	250	400	110
Sächsische Bank	600	250	220	60
Württembergische Notenbank	210	70	130	36
Badische Bank	210	70	130	36

Unter dem Einfluß des Kapitalmangels wird der holländische Kredit (140 Mill. fl), auf Grund des deutsch-niederländischen Finanzabkommens von 1921, jetzt endlich stärker von der Geschäftswelt in Anspruch genommen; nachdem jetzt innerhalb von drei Tagen allein 10 Mill. fl aufgenommen wurden, ist er etwa zur Hälfte abgeschöpft.

Das Goldzoll-Aufgeld ist für die Woche vom 30. 8. bis 5. 9. auf 21 900 v. H. festgesetzt, der Ankaufspreis des Reichs für Goldmünzen auf das 250fache des Nennwertes der Reichsgoldmünzen, für Silbermünzen auf das 120fache des Nennwertes.

Die Erhöhung der Ausfuhrabgabe soll bereits am 1. September durchgeführt werden. Wichtig für die Belastung der Ausfuhr ist ferner die Bestimmung über die Neuregelung der Statistischen Gebühr (veröffentlicht im „Reichsanzeiger" Nr. 183 vom 17. 8.) und das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse, wonach in Zukunft eine Abgabe von 1½ ‰ von sämtlicher Ausfuhr erhoben wird (der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird noch bestimmt), während die Sonderabgabe von 1½ v. H. auf die Papierausfuhr wegfällt. Aus einem Fonds, der durch die genannten Abgaben und eine Abgabe von 1½ v. H. auf alle Holzverkäufe ab Wald gespeist wird, erhält die Zeitungspresse Rückvergütungen für ihren Papierverbrauch.

Über Maßnahmen der Regierung zur Abwendung der Gefahren, die in der schnell ansteigenden Verteuerung begründet sind, ist schon mehrfach berichtet worden, soweit es sich um Tariferhöhungen und Heraufsetzungen der Gehälter und Löhne handelt. Über Maßnahmen zur Einschränkung der Devisenspekulation wird noch beraten. Die Erfahrungen der Regierung in Deutsch-Österreich auf diesem Gebiete lassen freilich die größte Zurückhaltung erwünscht erscheinen. Der Geldverkehr der Post nach dem Ausland ist, abgesehen von wenigen Ausnahmen (Danzig, Memelland, Ost-Oberschlesien, Österreich, Portugal, Ecuador und Bolivien), eingestellt worden, weil die Berechnung von Aufschlägen bei Einzahlungen und Abschlägen bei Anzahlungen zu Unzuträglichkeiten mit dem Publikum geführt hat. Diese Auf- und Abschläge waren aber notwendig, um die Postverwaltung vor Verlusten in dem langwierigen Abrechnungsverkehr mit den ausländischen Postverwaltungen zu schützen. Der Zahlungsverkehr mit dem Ausland bleibt also jetzt völlig Angelegenheit der Banken.

Die weiteren Maßnahmen der Reichsregierung befinden sich durchaus noch im Stadium der Beratungen. Sie lehnen sich an die Forderungen der Gewerkschaften an, die hier kurz erwähnt sein mögen: Einschränkung der Einfuhr, insbesondere der Luxuseinfuhr durch Verbote und höhere Zölle, Erhöhung der Ausfuhrabgaben für besonders tragfähige Positionen, Kontrolle des Devisenhandels, Vorbereitung einer inneren Goldanleihe unter Heranziehung der Sachwerte, Vorbereitung einer Währungsstabilisierung, raschere Einziehung der Einkommensteuer, Kreditmaßnahmen für die Landwirtschaft — und weiterhin: öffentliche Zuckerbewirtschaftung, Verbot der Verwendung von Zucker für Konfitüren und alkoholische Getränke, Verbot der Herstellung von Trinkbranntwein, Einschränkung der Bierbrauereien, Maßnahmen zur Sicherstellung des Bedarfs an Kartoffeln, Milch und Fleisch sowie Seefischen, stärkere Ausmahlung des Brotgetreides, Verschärfung der Wucherbestimmungen, Maßnahmen gegen den Aufwand in Luxusgaststätten, Maßnahmen auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens und Unterstützung der Mittellosen (Arbeitslose, Erwerbsunfähige, Kleinrentner, Sozialrentner) durch Reich, Länder und Gemeinden. — Die Gerüchte, daß die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft in größerem Umfange verlangt würde, sind also zum mindesten übertrieben.

Die Beschlüsse der Reichsregierung, die am 27. August hierzu gefaßt wurden, betreffen: Beschränkung der Luxuseinfuhr, Erhöhung der Ausfuhrabgaben, periodische nachträgliche Kontrolle der Devisengeschäfte, Einschränkung des Zuckerverbrauchs für Branntweinerzeugung und Herstellung von Süßigkeiten, Einschränkung des Brauens von Starkbier, Regelung der Kartoffelerzeugung, Versorgung der Hochseefischerei mit Inlandskohle, Ausfuhrverbot für Seefische, Förderung der Getreide-, Kartoffel- und Kohlentransporte, Maßnahmen gegen Luxusgaststätten, Hilfsmaßnahmen für Mittellose.

Unter dem Eindruck des Marksturzes haben sich die Gewerkschaften an ihre Kollegenschaft im Ausland mit der Bitte um unterstützende Maßnahmen gewandt. Es ist möglich, daß dieser Appell nicht ganz ohne Folgen bleibt, da die Solidarität der Weltwirtschaft stark genug in Erscheinung tritt. Die Wechselkurse in ganz Mitteleuropa, besonders aber in Frankreich, sind durch die Entwertung der Mark direkt in Mitleidenschaft gezogen. England muß das Aufhören des

Kohlengeschäftes, Nordamerika den Rückgang der Getreideausfuhr fürchten; schon macht sich hier die Verminderung der deutschen Nachfrage in der Preisgestaltung fühlbar.

Preise und Preisberechnung

Die Herrschaft der deutschen Währung im Inlandsverkehr ist ernstlich erschüttert. Zwar ist es noch nicht so weit gekommen, daß hier die Zahlung in Devisen oder ausländischen Noten gefordert würde, aber wir sind weitgehend in das Stadium der gleitenden Preise, die nach dem Valutenstand berechnet werden, eingetreten. Eine Zusammenstellung der Preisberechnungsverfahren, soweit sie zur allgemeinen Kenntnis gelangt sind, mag das erläutern.

Die Deutsche Tuchkonvention stellt ihre Preise auf Grund einer Kalkulation, die mit Friedensmark als variabeln, Papiermark als konstanten Faktor rechnet. Die Vereinigung der Samt- und Plüschfabriken bemißt ihre Tagespreise nach dem Stand des schweizer Franken, der Verband der Fabrikanten maschinengeklöppelter Spitzen in Barmen nach dem Stand des Dollars. Der Eisenwirtschaftsbund setzt für jedes Monatsdrittel Preisaufschläge zu den Grundpreisen nach dem Devisenstand fest; der Roheisenverband verkauft Original Luxemburger Roheisen nach französischen Franken. Die Konventionsgemeinschaft der Wollweberverbände hat mit der Gemeinschaft ihrer Abnehmer, in der Stoffgroßhandel, Konfektion und Einzelhandel zusammengefaßt sind, das Abkommen getroffen, daß die Verkäufe auf Grund einer Kalkulation in ausländischer oder gebrochener Währung abgeschlossen werden, die Zahlung erfolgt zum Briefkurs des Fälligkeitstages in Mark. Auch einzelne Werke gehen zu Gleitpreisen über, so setzt die Tuchfabrik in Lörrach ihre Verkaufspreise nach dem Stand des schweizer Franken fest. Die Verbände der Porzellangeschirrfabriken, Luxusporzellanfabriken und der keramischen Malereien setzen allmonatlich die Preise auf Grund eines Multiplikationsfaktors fest, der sich aus der Reichsindexziffer für Großhandelspreise (die doppelt in Rechnung gestellt wird) und einem Spezialindex für Roh- und Hilfsstoffe zusammensetzt.

Vielfach wird über eine Verschärfung der Preisbedingungen geklagt, die trotz der Einführung von Gleitpreisen beibehalten wird. In dem oben angeführten Abkommen der Konventionsgemeinschaft der Wollweberverbände ist darum der Vorbehalt gemacht, daß Preisvorbehalte bei der Berechnung in Auslandswährung überhaupt nicht, bei der Berechnung in gebrochener Währung nur für den Teil des Preises, der in Mark (Papiermark) kalkuliert ist, gemacht werden dürfen; die obligatorische Einführung der Vorausbezahlung soll nicht in Frage kommen. — Der Zentralverband des deutschen Großhandels hat sich mit dem Reichsverband der deutschen Industrie dahin verständigt, daß Industrieforderungen auf Vorausbezahlung von bis zu 50 % des Bestellwertes, wie sie häufig erhoben werden, durch die vorzugsweise Verwendung des Handelswechsels begegnet werden sollte.

Ist nach dem Gesagten die Mark als Zahlungsmittel noch in nahezu völliger Geltung, wenn sie auch als Wertmaßstab in ihrer Position erschüttert ist, so gilt dasselbe nicht von ihrer Verwendungsmöglichkeit als Reserve für längere Zeiträume und als Maßstab für Bilanzierungen. Hier sucht man bereits nach neuen Wegen. Über die Vorbereitung eines Gesetzentwurfes über „Goldmarkbilanzierung" durch Professor Schmalenbach ist an dieser Stelle schon berichtet worden. Neuerdings erörtert man in Deutschland — auch der Berichterstatter des „Economist" tut dies — Vorschläge zur Einführung einer „wertbeständigen" Anleihe, die entweder entsprechend dem Devisenstand bzw. dem Goldfuß, oder (wie in Rußland bereits geschehen) auf der inländischen „Kaufkraft" der Inlandswährung, oder endlich auf öffentlichen Leistungen (etwa Verkehrsleistungen der Reichsbahn) aufzubauen wäre. Dadurch soll sowohl eine vernünftige Reserven- und Rücklagenpolitik der Privatbetriebe, wie ein Anreiz zum Sparen für das Publikum, wie endlich eine Entlastung des Devisenmarktes (durch Wegfall des entsprechenden Bedarfs für Reserven und Ersparnisse) erreicht werden. —

Im folgenden seien einige Preisveränderungen angeführt, soweit sie nicht börsengängig gehandelte Waren betreffen, über deren Preisentwicklung die ständige Tabelle „Weltmarktpreise" des „Wirtschaftsdienstes" unterrichtet, Eine Erhöhung der Zellstoffpreise um 150 v. H., der Preise für Anilinfarben um 85 v. H. steht unmittelbar bevor. Die Werke für die Veredelung von Baumwollgewebe setzen die Preise für ihre Leistungen um 25 v. H. herauf. Die Preise für Gummireifen werden um 50 v. H. erhöht. Die Großhandelspreise für eine Reihe von Gegenständen des täglichen Bedarfs stiegen nach den Anschreibungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" allein in der dritten Augustwoche um 39 v. H. Der Margarinepreis wird nach einer Heraufsetzung auf 158 ℳ für das Pfund der geringen, 180 ℳ der besten Sorte erneut auf 240 bzw. 280 ℳ erhöht. Der Mindestpreis für Zigaretten beträgt 2.50 ℳ je Stück. Die Entwicklung der Häute- und Lederpreise zeigt nachfolgende Übersicht:

		August	Juli
Ochsenhäute	Pfd.	155— 244	73— 75
Kuhhäute	„	142— 178	71— 94
Kalbfelle	„	201— 317	80—134
Schaffelle	„	106— 170	52— 76
(alles norddeutsche Ware)			
Sohlleder (in Hälften)	kg	1100—1280	410—460
Zahm-Vache-Leder in Hälften	„	1150—1300	420—500
„ in Kernstücken	„	1420—1670	520—600
Rindbox	(je Quadratfuß)	370— 470	125—133
Boxkalf	(„ „)	500— 650	155—170

Aus der Baumwollindustrie seien angeführt die Preise für

	Anfang Juli ℳ.	Mitte August ℳ.
Rohbaumwolle, Bremen	254	560
Baumwollgarn (20er)	360—370	750—780
Cretonne (86 cm)	60— 61	125—135

Der Karbidpreis ist während der Monate Juli und August je dreimal heraufgesetzt worden, im Juli von 19 auf 24 ℳ je kg Grobkarbid, im August weiter bis auf 40.50 ℳ. Eine Erhöhung der Eisenpreise um durchschnittlich 8000 ℳ je t steht für alle Sorten in Aussicht. Am einschneidendsten aber von all den genannten Preiserhöhungen ist die Heraufsetzung der Kohlenpreise um mindestens 1850 ℳ auf 3400 ℳ je t (westfälische Fettförderkohle), die durch die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne zum 1. September notwendig wird.

Am 1. September werden die Gütertarife um 50 v. H. heraufgesetzt; jedenfalls tritt dann schon eine Erhöhung der Posttarife ein, von der besonders die Telephongebühren betroffen werden.

Die Berliner Stempelvereinigung der Privatbanken verdoppelt zum 1. September die Bereitstellungsprovision und erhöht die Avalprovision. — Die Deutsche Feuerversicherungs-Vereinigung erhöht den Teuerungszuschlag auf ½ ‰ bei Industrie- und Warenversicherungen, 1 ‰ bei allen anderen Versicherungen.

*

Industrie und Bauwesen

Die Schwierigkeiten, die der Industrie in Rohstoffbeschaffung und Verkauf aus der gegenwärtigen Preisgestaltung erwachsen, sind hinlänglich bekannt. Zunächst scheint man ihrer im allgemeinen noch Herr werden zu können. Allerdings mehren sich die Nachrichten über Betriebseinschränkungen und -stockungen wegen Mangel an ausreichenden Mitteln.

Nach der thüringischen und der nordbayrischen Textilindustrie ist nun auch die badische zu Betriebseinschränkungen gezwungen. Aus der Lederindustrie wird berichtet, daß die Lederwerke Wiegmann A.-G. in Hamburg Betriebseinschränkungen vorbereiten. Schärfer machen sich die Verhältnisse für die Neubautätigkeit bemerkbar. Die gewaltige Verteuerung der Rohstoffe und in zweiter Linie der Löhne wirft hier alle Kalkulationen über den Haufen. Die Rhein-Elbe-Union stellt sämtliche Neubauten ein. Die Siedlungsbauten für Bergarbeiter im Freistaat Sachsen und im Ruhrgebiet (Bezirke Recklingshausen, Hattingen, Hörde, Essen-Süd) ruhen. Der Anteil der Lohnkosten wird jetzt auf 30—40 v. H. der Gesamtbaukosten — gegen 50—60 v. H. vor dem Krieg — geschätzt. Aus einer Zusammenstellung der Baustoffpreise der „Frankfurter Zeitung" ist ersichtlich, daß die Verteuerung der Materialien von Anfang Juli bis Mitte August, abgesehen von wenigen Ausnahmen (Schwemmsteine, Gips, Draht) mehr als 50 v. H. ausmacht und in einzelnen Fällen (Holz, Terpentin, Bleiweiß, Blei) einer Preisverdoppelung gleichkommt.

Umgruppierungen innerhalb der Industrie sind in den letzten Wochen verhältnismäßig geringfügig gewesen. Es mag daher rühren, daß man größere Entscheidungen in dieser Zeit der allgemeinen Unsicherheit zunächst zurückstellt; Umbildungen größeren Stils wird man trotzdem bald erwarten müssen, da die veränderten Wirtschaftsgrundlagen, insbesondere der Kapitalmangel, zu neuen Zusammenschlüssen hindrängen.

In der thüringischen Glasindustrie ist zwischen dem Verband deutscher Glasinstrumentenfabriken und dem Verband der Thermometer- und Glasinstrumentenfabriken einerseits, den Glaswerken Schott u. Gen. (Jena), G. Fischer (Ilmenau) und Greiner & Friedrich (Stützerbach) andrerseits, ein Interessengemeinschaftsvertrag auf der Grundlage geschlossen worden, daß die Glaswerke nur an Firmen der beteiligten Verbände liefern.

Nach der „Frankfurter Zeitung" stellt die Interessengemeinschaft der Deutschen Ölfabriken G. m. b. H., die augenscheinlich von den beiden großen Margarine-Konzernen (Jurgens und van den Bergh) patronisiert wird, ein Kartell weitgehender Art (Einkauf, Verkauf und Absatz nach gemeinsamen Richtlinien) dar.

Die Kaliwerke Ummendorf-Eisleben A.-G. hat sich zwei im Isartal nahe München gelegene Werke angegliedert: die Bergbaugesellschaft Ravensberg G. m. b. H. und das Phosphat- und Magnesiawerk Bayern G. m. b. H. Die erstgenannte Gesellschaft baut Aluminium-Magnesium-Silikate ab, die zu Klärerde für das Bleichen pflanzlicher Öle und Fette verwandt werden; die Bayern G. m. b. H. soll für den bayrischen Bedarf hochwertige Phosphat- und Mischdünger herstellen. — Das Kapital der Kaliwerke wird von 22 auf 50 Mill. ℳ erhöht. —

Die Rheinischen Stahlwerke A.-G. haben für 11 Mill. ℳ die Leipziger A.-G. Thürmer & Neumann, Eisenhoch- und Brückenbau, erworben (Kapital 4,2 Mill. ℳ, Ende 1921 gegründet), die sich unter Geschäftsaufsicht befand. Das Defizit ist durch den Kaufpreis nahezu gedeckt.

Die Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei A.-G. in Berlin und das Pschorrbräu in München planen eine Interessengemeinschaft auf der Grundlage, daß der Pschorrsche Familienbesitz in eine A.-G. mit 12 Mill. ℳ Kapital umgewandelt und ein Aktienaustausch mit Schultheiß-Patzenhofer (100 Mill. ℳ Aktienkapital) vorgenommen wird. Einkauf und Vertrieb sollen künftig nach gemeinsamen Grundlinien erfolgen; Dividendengleichheit ist vorgesehen. — Der Bier-Sprit-Konzern umfaßt also künftig: Schultheiß-Patzenhofer, Ostwerke (Breslau) und Kahlbaum und, auf der andern Seite, Pschorr.

Kohlenwirtschaft

Über die Kohlenförderung im Vormonat unterrichten folgende Zahlen:

Förderung des Ruhrgebiets einschl. der linksrheinischen Zechen

Juli 1922.	7,864 Mill. t	in	23¾	Arbeitstg.,	arbeitstäglich 302 469 t
Juni 1922.	7,078 „	„	26	„	„ 289 036 t
Juli 1921.	7,783 „	„	26	„	„ 299 334 t

— gegenüber 375 939 t arbeitstäglicher Leistung im Juli 1913.

Die Steinkohlenförderung Deutsch-Oberschlesiens betrug im Juli (Juni) 684 513 (610 591) t in 26 (23) Arbeitstagen, arbeitstäglich also 26 327 (26 547) t. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet betrug im Juli (Juni) die Förderung 7528,5 Tsd. t (7337,7), die Brikettherstellung 1797,8 Tsd. t (1737,4), die Kokserzeugung 36 466 t (36 399 t). In 26 (25) Arbeitstagen wurden arbeitstäglich 28 955 t (29 510 t) gefördert, was gegenüber dem Vormonat eine Abnahme von 1,35 v. H. darstellt.

Seit März (mit 332 000 t) ist die arbeitstägliche Förderung im Ruhrgebiet von Monat zu Monat zurückgegangen; erst im Juli ist wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Wichtiger für die höchst angespannte Lage der Kohlenversorgung aber ist es, daß sich nunmehr die Bergleute bereit erklärt haben, ab 1. September Überschichten zu verfahren. An drei Tagen der Woche sollen je zwei Überstunden eingelegt werden; die Verteilung der Überschichten auf die einzelnen Wochentage kann auch andersartig vorgenommen werden. Für die Überstunden wird ein Lohnzuschlag von 50 v. H. gewährt, der im Kohlenpreis nicht berücksichtigt werden darf. Das Verfahren der Überschichten erfolgt ausdrücklich unter Berücksichtigung der außenpolitischen Lage und aus Gründen des Gemeinwohls. Allerdings waren die Bergarbeiter zunächst nur zur Leistung von 4 Überstunden bereit; dem Eingreifen des Reichsarbeitsministers ist es zu verdanken, daß endlich 6 Stunden zugestanden wurden.

Die Bergarbeiterlöhne werden je Mann und Schicht ab 1. September um 150 ℳ zum Ausgleich für die im September zu erwartende Verteuerung erhöht, ferner wird als nachträglicher Zuschlag für die Teuerung im Monat August — da in diesem keine Lohnerhöhung stattgefunden hat — der Schichtlohn um weitere 140 ℳ heraufgesetzt. Das entspricht etwa einer Verdoppelung der bisher gezahlten Sätze. Einschließlich der Familienzulage und des Überschichtenlohns wird sich das monatliche Einkommen eines Bergarbeiters auf etwa 22 000 ℳ stellen.

Die Kohlenpreise werden sich ab 1. September wahrscheinlich gleichfalls verdoppeln, man sprach von einem Preis von 3400 ℳ für die Tonne westfälischer Steinkohle (gegenüber einem Preis von 11 000 ℳ für die t englischer Kohle fob Hamburg). Die Zechen erklären, auch bei diesem Preis einen schweren Stand zu haben. Bisher rechneten die reinen Grubenbetriebe mit einem Gewinn von 3,40 ℳ je t gegenüber 1 ℳ im Frieden; die Rentabilität der Betriebe sei ernstlich gefährdet. Bei den neuen großen Preissteigerungen für Eisen und Holz und der Belastung durch die neuen Lohn- und Gehaltssätze, insbesondere durch die Überschichtenbezahlung, erscheinen die Klagen der Bergwerke berechtigt.

Durch die Mehrförderung in Überschichten hofft man den Fehlbetrag unserer Kohlenbilanz — 1,5 Mill. t — einigermaßen decken zu können. Wie notwendig eine Mehrförderung ist, geht daraus hervor, daß die Einfuhr englischer Kohle (im Juni 1,5 Mill. t, im Juli 1 Mill. t nach Schätzungen) im August wegen der Devisen- bzw. Preisschwierigkeiten nahezu aufgehört hat.

Über die Kohlenversorgung des größten binnenländischen Verbrauchers, der Reichseisenbahnverwaltung, unterrichten folgende Zahlen: Der (kalender-) tägliche Bedarf von 45 000 t soll gedeckt werden durch fördertägliche Lieferungen von 39 000 t aus dem Ruhrgebiet, 9000 t aus Oberschlesien und 3000 t aus den anderen Revieren (Sachsen, Niederschlesien). Es liefert aber das Ruhrgebiet nur ⅔, Oberschlesien nur ⅓ des Solls. Sonach fehlen fördertäglich rund 20 000 t, monatlich etwa ½ Mill. t, die durch Einfuhr, besonders englischer Kohle, zu decken sind. Eine Vorratspolitik wird so unmöglich gemacht. Die gesamten Vorräte betragen nur 900 000 t (darunter 5 v. H. Koks). Die Vorräte sind innerhalb Deutschlands sehr ungleich. In einigen innerdeutschen Direktionen lagert der Bedarf für nur 5—6 Tage, in andern, besonders den linksrheinischen, reichen die Vorräte für 20 und mehr Tage aus. —

Außenhandel

Die vorläufigen Ergebnisse des Außenhandels im Juli zeigen eine weitere Verschärfung in der Entwicklungstendenz, die wir (vgl. „W.-D." Nr. 33, S. 808: Der deutsche Außenhandel) als bemerkenswert und mit der herrschenden Meinung im Widerspruch stehend bezeichnet haben: trotz steigender Devisenkurse ist die Einfuhr weiter gewachsen (von 40,3 im Juni auf 48,0 Mill. dz) — während die Ausfuhr weiterhin zurückgegangen ist (18,8 Mill. dz im Juni, 16,4 Mill. dz im Juli). Der Einfuhrüberschuß hat somit betragen (in Mill. dz): März 4,9, April 7,1, Mai 17,2, Juni 21,5, Juli 31,6. Ebenso bedeutend ist die Verschiebung bei den Werten. Die Einfuhr wird mit 45,7 Milliarden ℳ, die Ausfuhr mit 35,7 Milliarden bewertet. Der Einfuhrüberschuß während der letzten Monate zeigt folgende Zusammenstellung (in Mill. ℳ): März 1634, April 5266, Mai 5292, Juni 4041, Juli 10 000 (vorläufige Zahl). An der Einfuhr sind besonders stark beteiligt: Mineralöle, Kohlen, Getreide, Zucker, Kaffee, Kakao, Tabak, Rohbaumwolle und Baumwollgarne; an der Ausfuhr: Kalisalze, Papier-, Eisen- und Kupferwaren, Wollgarne und Seidenwaren. —

F. T.

Republik des Fernen Ostens

Vor neuen Verhandlungen mit Japan — Wiederaufnahme der Beziehungen mit Deutschland — Allgemeine Wirtschaftslage

Ende Juli teilte die japanische Regierung der Republik des Fernen Ostens (russisch: Dalnewostotschnaja Respublika) mit, daß sie beschlossen habe, bis zum 1. November d. J. ihre Truppen aus dem Fernen Osten abzuberufen; gleichzeitig wurde die Geneigtheit ausgesprochen, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen und in Charbin oder Dairen mit Vertretern der D. W. R. sowie der russischen Sowjetregierung zusammenzutreten. Die Regierung der Republik hat sich bereitwilligst einverstanden erklärt, in neue Verhandlungen einzutreten und ihrerseits Tschita, Moskau, Peking oder Tokio als Verhandlungsort vorgeschlagen. Sowjetrußland wird bei den Verhandlungen mit Japan durch den bevollmächtigten Vertreter in Peking, Joffe, die D. R. W. durch ihren Außenminister Janson vertreten werden. Durch diesen beiderseitig bekräftigten Entschluß, sich miteinander gütlich zu bereden, ist endlich eine Entspannung im Fernen Osten eingetreten. Der krasse Widerspruch Japans gegen die Sowjetherrschaft in Ostsibirien und dem Amurgebiet scheint aufgegeben worden zu sein; Moskau braucht einen Verlust seines wertvollen Grenzlandes und Küstengebietes nicht mehr zu fürchten — vorausgesetzt, daß Japan sein Versprechen wahr macht und seine Truppen faktisch zurückzieht. Es war ja ohnehin eine falsche Berechnung, anzunehmen, hier an dieser einen Stelle würde der Kampf gegen die Sowjetregierung glücken, — wo er doch vor Petersburg, in der Ukraine, im Kaukasus und in Mittelasien stets mißglückte, da es sich ja doch primär nicht um eine „Befreiung" vom Kommunismus, sondern vielmehr um die Frage handelt, ob das „einige und unteilbare" Rußland noch weiter zerrissen und zersplittert werden könne. Nicht der Sowjetismus hat sich in der nunmehr wieder mit Allrußland eng föderierten D. W. R. durchgesetzt und ist der immer wieder aufflammenden Gegenaktionen Herr geworden, sondern der russische Zentralismus hat sich dem Partikularismus gegenüber zu behaupten vermocht. Japan versuchte mit den Partikularisten, die sich ins Gewand antikommunistischer Patrioten hüllten, den Semenow, Merkulow usw., ein politisches Geschäft zu machen und erreichte wohl auch allerhand, bis die gesamtrussische Gesinnung diese Abenteuer der Unabhängigkeit von Rußland zerschlug. Der weitere Kampf Wladiwostoker politischer Gruppen gegen die mit Sowjetrußland verbundene D. W. R. dürfte nunmehr als aussichtslos gelten. In Japan scheint man dieses einzusehen und gibt daher nach. Auch die Vereinigten Staaten haben umgelernt und bemühen sich um Handelsbeziehungen zur D. W. R. und haben, wie es scheint, bereits eine Handelsvertretung in Tschita geschaffen.

Auch Deutschland hat kürzlich die Verbindungen mit dem Fernen Osten wieder aufgenommen. Man hat die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches besonders entgegenkommend empfangen und ihre Ankunft als Symptom einer Wandlung der Dinge zum Besseren begrüßt. So schrieb das amtliche Regierungsblatt „Dalne-Wostotschny-Telegraf" am 16. Juni (Nr. 254):

„Die Ankunft diplomatischer Vertreter Deutschlands in Tschita kann nicht anders, als ein für uns günstiges Symptom betrachtet werden, — wir rufen daher mit dem Gefühle vollster Befriedigung aus ehrlichem Herzen den bei uns eingetroffenen Diplomaten des auch der Sowjetrepublik befreundeten Landes ein Willkommen zu.

Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hat sich weder die Lage der am Kriege beteiligten Länder, noch die der neutralen irgendwie geändert. Die „Sieger" haben die Karte von Europa geändert, Deutschland eine unerhörte Kontribution auferlegt und über Sowjetrußland die Blockade verhängt. Damit war auch das Programm von Versailles erschöpft. Darauf folgte Washington, dann Genua, die ebenso wie Versailles Europa den Frieden nicht brachten. Deutschland und Sowjetrußland bekamen hauptsächlich die räuberische Politik der Versailler Macher zu spüren und gleichzeitig die Politik des Gendarmen, welche die bewaffnete und ohne Unterlaß gerüstete Entente ausübt.

Für Deutschland sowohl wie auch für Sowjetrußland, die von der Faust der Entente bedroht waren und noch immer bedroht sind, ergab sich als einziger und sicherster Weg die Herstellung gegenseitiger enger wirtschaftlicher Beziehungen. Dieser Weg muß den Druck der Entente abschwächen und gleichzeitig die schnelle Gesundung des wirtschaftlichen Lebens der einen wie der andern Republik fördern. Der russisch-deutsche Vertrag ist der erste Schritt auf diesem Wege.

Wir haben nicht daran gezweifelt, daß nach diesem Schritte Deutschland auch einen zweiten tun wird; daß es nämlich nach der Befestigung des ökonomischen Bandes mit der uns verwandten Sowjetrepublik auch mit unserer Republik in Vertragsverhandlungen treten werde. Unsere Erwartungen

sind durch die Ankunft deutscher Diplomaten in Tschita bestätigt worden. Wir, wie auch Sowjetrußland, betrachten unsere Beziehungen zur deutschen Republik in der Hauptsache vom geschäftlichen Standpunkt aus, vom Standpunkt wirtschaftlicher Beziehungen zwischen uns und Deutschland. Es ist bekannt, daß der Krieg die deutsche Industrie nicht vernichtet hat; sie macht jetzt gigantische Anstrengungen um sich eine sichere Stellung auf den Vorkriegsmärkten zu erobern. Deutsche Waren dringen bei ihren minimalen Herstellungskosten nicht nur auf den Märkten Europas und Amerikas vor, wo England und die U. S. A. vermittels eines verstärkten Protektionssystems den Kampf mit ihnen führen, sondern auch auf unsere östlichen Märkte.

Deutsche Waren braucht auch unsere Republik, insbesondere Industrieerzeugnisse zur Hebung der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrswesens. All dies hat Deutschland und all dies können wir unter gewissen zu vereinbarenden Bedingungen aus seinen Fabriken und Werkstätten erhalten. Auch für das deutsche Industriekapital bietet sich in unserer Republik ein weites Betätigungsfeld. Unsere natürlichen Reichtümer, mit denen die eingetroffenen Diplomaten schon durch Blicke aus dem Waggonfenster oberflächliche Bekanntschaft gemacht haben müssen, harren des Kapitals.

Wir müssen es ganz offen aussprechen, daß bisher in unserer Republik fremdes Kapital fast gar nicht aktiv tätig gewesen ist. Man kann dies nicht ausschließlich mit den Ereignissen im Osten (japanische Intervention) in Zusammenhang bringen, vielmehr drängt sich die Überzeugung auf, daß das Verhalten des ausländischen Kapitals uns gegenüber im Zusammenhange steht mit den politischen Beziehungen zu Sowjetrußland wie auch zu uns.

Wenn Moskau Zugeständnisse macht, zeigt sich das Kapital willig, — das ist die Stellung der ausländischen Kapitalisten, die bei der Wertung der Beziehungen zwischen Moskau und Tschita einerseits und den kapitalistischen Staaten anderseits immer wieder zum Ausdruck kommt.

Deutschland, das Sowjetrußland anerkannt und mit ihm einen Vertrag geschlossen hat, wird, so glauben wir, diesen gewundenen Weg einer Politik mit Hintertüren nicht gehen. Wir glauben, daß seine Politik in D. W. R. ebenso wahr und offen sein wird, wie in Sowjetrußland. Deutschland ist interessiert an der Liquidierung der japanischen Intervention im Fernen Osten und kann diesen Liquidierungsprozeß nur durch Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit uns beschleunigen. Der japanische Imperialismus rechnet auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch unserer Republik. Seinen Schlägen muß man durch Festigung der wirtschaftlichen Basis begegnen.

In diesem Sinne können die geschäftlichen Beziehungen Deutschlands zu D. W. R., die den beiderseitigen Interessen entsprechen, nur begrüßt werden."

Die ungekürzte Wiedergabe dieses Aufsatzes des amtlichen Organs der D. W. R. rechtfertigt sich wohl dadurch, daß diese Stimme aus fernstem Osten weitgehendste Beachtung verdient. Man darf damit rechnen, daß sich hier im Laufe der Zeit ein ergiebiges Absatzgebiet für deutsche Waren schaffen ließe; die amerikanischen Erzeugnisse sind weit teurer und die japanischen Waren werden aus politischer Abneigung der lebhaft gegen Japan eingenommenen Bevölkerung fast völlig boykottiert. Gewiß ist die Kaufkraft dieses durch Bürgerkriege und Abschnürungen verarmten Landes nicht allzu groß; da die D. W. R. aber den Gold- und Silberrubel als Zahlungsmittel behalten hat und der Goldbergbau sich wieder zu regen beginnt, so ist das Land vor Zuständen, wie sie in Sowjetrußland herrschen, bewahrt geblieben. Der Verzicht auf die staatssozialistischen Experimente Moskaus hat der Republik Segen gebracht, — das Privateigentum ist wieder anerkannt worden, der Binnen- und Außenhandel sind frei, die Abgaben an den Staat halten sich in erträglicher Höhe. Insbesondere der Pelzhandel hat sich daher mit Hilfe von Ausländern wieder aufwärts entwickeln können; das Einsammeln der Pelze bei den Jägern erfolgt durch eine große staatliche Organisation, die in direktem Zusammenhange mit großen Exportunternehmungen steht. So hat z. B., wie uns berichtet wird, eine einzelne amerikanische Firma kürzlich für 2 Mill. $ Rauchwaren aufgekauft und ausgeführt. Auch für Konzessionen zur Ausnutzung der Waldbestände herrscht bei den Ausländern, besonders den Amerikanern, reges Interesse; man beabsichtigt den Export von Zedernholz, welches früher auch nach Hamburg ging, erneut zu organisieren. Es hat somit den Anschein, als rege sich in der D. W. R. wiederum ein neues Leben; da dies fruchtbare, aber nur undicht bevölkerte Land von Hungersnöten und Epidemien verschont geblieben ist, so kann erwartet werden, daß es mit tatkräftiger Hilfe der Ausländer gelingt, der vielfach noch bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Besonders mühsam dürfte es jedoch sein, das Transportwesen wieder in Ordnung zu bringen, da der Mangel an rollendem Material groß ist und weite Bahnstrecken zerstört oder beschädigt sind. Der direkte Verkehr mit Moskau konnte jedoch wiederhergestellt werden; seit dem 15. Juni d. J. kann Moskau von Tschita aus in zehn Tagen erreicht werden; da Sibirien über genügend Nahrungsmittel verfügt, so ist die Verpflegung der Reisenden für die Dauer der Fahrt sichergestellt.

Der Wiederaufbau der D. W. R. wird davon abhängen, ob es gelingt, genügende Mengen von Kapital aufzubringen, um das Transportwesen, die Fluß- und Küstenschiffahrt und die Industrie wieder in Gang zu bringen. Natürlich würde außerdem an einer weiteren Erschließung des Landes und seiner natürlichen Reichtümer gedacht werden müssen; selbst wenn alles wieder in Gang käme, was als Folge des Krieges und der Unruhen stillgelegt wurde, müßte weitgehend daran gegangen werden, die wirtschaftliche Basis industrieller, gewerklicher und landwirtschaftlicher Erzeugung und Selbstversorgung zu vergrößern. Das Gebiet der D. W. R. hat einen ansehnlichen Bevölkerungszuwachs erfahren und erhält andrerseits von Rußland aus lange nicht mehr den Zustrom an Waren, Rohstoffen und Kapitalien wie ehedem. Man ist auf sich selbst gestellt, wirtschaftlich faktisch vom Kontinent verlassener geworden, — man muß also weit mehr und intensiver aus dem Lande herausholen, was irgend mit eigenen Kräften hervorgebracht werden kann. Die Natur bietet unendlich vieles, betrug doch z. B. die Golderzeugung, die außerordentlich gesteigert werden könnte, in den letzten Friedensjahren durchschnittlich 1250—1360 Pud (rund 20 000 kg) im Werte von rund 50 Mill. Goldmark allein in Blagowestschensk und Nikolajewsk, während in Transbaikalien jährlich 4000—5000 kg Gold erzeugt wurden. Die sehr reichen Eisenerzlager sind überhaupt noch nicht erschlossen worden, ebenso wie es reiche Vorkommen von bedeutender Mächtigkeit von Kohle gibt; 1911 wurden in Transbaikalien rund 150 000 t und in der Küstenprovinz rund 139 000 t Kohle gefördert. Silber, Blei, Zinn, Quecksilber, Galmai, Kupfer ist in relativ großen Mengen festgestellt worden — mit der Gewinnung und Förderung dieser Schätze ist jedoch noch so gut wie gar nicht begonnen worden. Das weite Land des Fernen Ostens harrt noch immer größerer Menschenmengen, die es zu erschließen Fähigkeit und Kraft haben; Ernährungsschwierigkeiten würde es nicht geben, wohl aber müßte noch außerordentlich viel geschehen, um eine industrielle Aufschließung praktisch vorzubereiten, d. h. Wege und Bahnen müßten gebaut, Ausrodungen usw. vorgenommen werden. Werner Daya zeigte in seinem bahnbrechenden Buche „Der Aufmarsch im Osten", was getan werden müßte; die Leistungskraft des Landes ist um so viel größer wie der bisherige Stand der Landwirtschaft, des Bergbaus und der Industrie, daß man gut daran täte, vornehmlich diesem reichen Zukunftslande alle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Dr. Hans von Eckardt

Vereinigte Staaten

Die Friedensaussichten für die amerikanischen Streiks

New York, 15. August.

Samuel Gompers, der alte Führer des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, hat sich vor kurzem höchst hoffnungsfreudig über die Zukunft der Verhältnisse innerhalb der amerikanischen Industrie ausgelassen und geradezu eine Ära der Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern prophezeit; beide Parteien, der Lohnkämpfe müde, würden die Richtigkeit der Idee der Zusammenarbeit anerkennen und endgültig auf solche endlosen Kämpfe verzichten, wie sie das Wirtschaftsleben Amerikas in den Jahren seit Beginn des Krieges gesehen hat.

Im Angesicht der Tatsachen von heute scheint diese Prophezeiung und dieses Zukunftsgemälde freilich mehr die Auswirkung eines guten Diners zu sein als das Ergebnis einer tiefer greifenden Untersuchung all der Kräfte, die bei der jetzigen Krisis nur allzu deutlich in die Erscheinung treten. Die letzten acht Jahre bitterer Kämpfe innerhalb der amerikanischen Industrie — Begleiterscheinungen zugleich der Kriegs- und Nachkriegs-Hochkonjunktur wie der anschließenden Depressionszeit — haben bei den Arbeiterorganisationen so gut wie bei den Unternehmerverbänden allerlei gezeitigt und enthüllt, was für einen künftigen Frieden im amerikanischen Wirtschaftsleben alles andere als hoffnungsreich ist. Die Kriegszeit gestattete der Arbeiterbewegung die Verwirklichung auch verkehrter, ruinöser Forderungen und andererseits kommt in den Streiks von heute sehr vieles von den früher meist nicht geglaubten Beschuldigungen gegen die amerikanischen Unternehmerorganisationen vollkommen klar an den Tag; das Opfer ist in beiden Fällen schließlich der Verbraucher gewesen.

Während des Krieges gelangten, unter Ausnutzung der Verhältnisse der Kriegswirtschaft und der durch sie bedingten Notwendigkeit beispielloser Produktionssteigerung, die Gewerkschaften in den Sattel und ritten das Pferd bis an die Grenze des Möglichen. In fast allen Industrien schufen sie ein System von Regelungen und Beschränkungen der Produktion, die ursprünglich zum Schutze der Arbeiter bestimmt waren, aber sich bald zu Methoden auswuchsen, die angetan waren, den Arbeitgeber oder vielmehr das Verbraucherpublikum auszubeuten. In den Kriegszeiten war der Streik eine wirksame Waffe, um Forderungen durchzusetzen, und das einzige, was angesichts der Kriegsnotwendigkeiten legal dagegen zu tun war, blieb — zur Vermeidung der Produktionseinstellung — eine regierungsseitige Beilegung von Streikfällen durch halbamtliche Schiedsämter und ähnliches. Die Entscheidung fiel dabei im allgemeinen zugunsten der Gewerkschaften, da diese Ämter ihre Brauchbarkeit schließlich nur darin zu erweisen hatten, Streiks unter allen Umständen zu verhindern. Das Resultat war eine riesige Belastung der Regierungsfinanzen und damit des Steuerzahlers durch die Ausgaben vor allem für die Schiffsbauten und für die Eisenbahnen in der Zeit ihres staatlichen Betriebes; in anderen Fällen hatte die Mehrbelastung der Unternehmer zu tragen, der sie seinerseits auch wieder auf den Verbraucher überwälzte. Das Gesamtbild der Tätigkeit der Gewerkschaften während der Kriegszeit zeigt demnach die Anwendung ihrer Organisationsmacht zur Ausbeutung der Allgemeinheit, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß etwa die Arbeitnehmer die einzigen Kriegsgewinnler in den Vereinigten Staaten gewesen wären.

Einige Zeit nach dem Kriege schlug dies unvermeidlicherweise ins extreme Gegenteil um. Der ganze Kampf der Nachkriegszeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hatte seinen Ursprung in den Bemühungen der Arbeitgeber, die vielfach zu weit gehenden einschneidenden Bestimmungen, die die Gewerkschaften während des Krieges erzwungen hatten, zu beseitigen. Aber darüber ist man freilich hinausgegangen. Die Gewerkschaften spürten bald, daß man ihnen außer den während des Krieges errungenen Sondervorteilen auch gewisse fundamentale Rechte rauben wollte, von denen ihre Existenz und Macht als Gewerkschaft abhing.

Den Gewerkschaften der Eisenbahner beispielsweise war es während der Kriegszeit gelungen, das prinzipielle Recht durchzusetzen, über Arbeitsbedingungen und Löhne auf „nationaler" Basis, d. h. mit Geltung für das ganze Land, zu verhandeln und den dazu erforderlichen Apparat zu schaffen. Soweit dies zur Erzwingung eines technischen Achtstundenarbeitstages auf den Eisenbahnen bei hoher Bezahlung für Überstunden und mit komplizierten Klassifizierungen und Dienstaltersbevorrechtungen der Eisenbahnangestellten und -arbeiter führte und zwar, ohne Rücksicht auf noch so verschieden gelagerte Verhältnisse, mit gleicher Geltung für alle Eisenbahnen, war damit dem Verkehrssystem der Vereinigten Staaten eine schwere und ungerechte Belastung auferlegt worden. Das Prinzip aber der Regelung von Löhnen und Arbeitsbedingungen auf „nationaler" Basis ist nichtsdestoweniger ein an sich gesundes und es ist andererseits eine Lebens- und Machtfrage für die Gewerkschaften.

Als demnach das nach der Rückgabe der Eisenbahnen in den privaten Betrieb gegründete Eisenbahnarbeitsamt (Railroad Labour Board) die Bestimmungen hinsichtlich der „nationalen" Gültigkeit soweit abänderte, um Regelungen zu ermöglichen, die mehr den Verhältnissen auf den einzelnen Eisenbahnen angepaßt sind, da erwies es damit der Allgemeinheit einen großen Dienst; wenn aber jetzt die Eisenbahngesellschaften ihrerseits in gemeinsamem Vorgehen versuchen, wie es im gegenwärtigen Streik geschieht, den Gewerkschaften das Recht zu einer Aktion auf „nationaler" Basis abzusprechen, und alle Verhandlungen außer mit lokalen Arbeiterorganisationen ablehnen, so zielen sie darauf ab, die Eisenbahngewerkschaften zu sprengen. Und es ist zweifelhaft, ob diese Politik vom Standpunkt des Allgemeininteresses aus verteidigt werden kann. Die Eisenbahnarbeiter machen einen großen Teil der werktätigen Bevölkerung des Landes aus und sie können einem allein entscheidenden Willen der Gesellschaften nicht ausgeliefert werden, ohne daß darüber dem ganzen Lande ein Schaden zugefügt wird.

Im Baugewerbe sind die von den Gewerkschaften erkämpften oder erzwungenen Rechte der Arbeiter noch weniger zu verteidigen als im Fall der Eisenbahnen und die auf deren Beseitigung gerichteten Bestrebungen der Arbeitgeber wären durchaus in Ordnung gewesen, hätten nicht gleichzeitig oder als erstes die Arbeitgeber in vielen Städten sich geweigert, überhaupt mit den Gewerkschaften zu verhandeln, und hätten sie nicht auf dem Prinzip des „openshop" bestanden, was einer glatten Weigerung gleichkam, gewerkschaftlich organisierte Leute als solche zu beschäftigen. Im Baugewerbe ist das ganze Vorgehen der Unternehmer mehr darauf gerichtet gewesen, die Macht der „Unions" zu brechen als hemmende Sonderrechte

der Arbeiter zu beseitigen — mit andern Worten darauf, mehr ihre eigene Position zu stärken als das Interesse des Publikums zu fördern.

Diese Tendenz wird am deutlichsten sichtbar im Kohlenbergbau, wo die von den Arbeitern durchgesetzten produktionshemmenden Regelungen minimal waren und im Verhältnis zur Produktion kaum ins Gewicht fallen. Hier sind die Zechenbesitzer direkt darauf ausgegangen, die Gewerkschaft („The United Mines Workers of America") als für die Bergarbeiter der ganzen Vereinigten Staaten verhandlungsführende Macht zu sprengen und zwar ausschließlich vom Standpunkt ihres eigenen Interesses aus. Infolge des Eingreifens der Regierung während des Krieges hatten die Bergwerksgesellschaften höhere Löhne zahlen müssen, die aber prompt auf den Konsumenten abgewälzt wurden; es ist wenig die Rede davon gewesen, durch Abschaffung etwaiger die Produktion beengender Vorschriften die Kohlenpreise herabzusetzen. Für die Zechenbesitzer geht es darum, die Macht der Gewerkschaft zu brechen, um den Kohlenbergbau überhaupt von jeder Kontrollmöglichkeit zu befreien. Aber im Kohlenbergbau braucht der Arbeiter weit mehr als in andern Erwerbszweigen den Schutz seiner Gewerkschaftsorganisation, um nicht einem Grad der Ausbeutung zu verfallen, der bedeutet, daß eine halbe Million Arbeiter mit ihren Angehörigen unter das Subsistenzminimum herabgedrückt würde. Im Kohlenbergbau, angesichts seiner geradezu anarchischen Zustände, tut eine Reorganisation von Grund auf not und eine staatliche Oberaufsicht soweit, daß die Kohlenversorgung des Landes sichergestellt wird. Und dies ist nicht möglich ohne Verhandlungen mit der Bergarbeiterschaft als Ganzem und durch deren Organisation.

War während wie nach dem Kriege das Verbraucherpublikum mehr oder weniger williges Opfer dieser kämpfenden Mächte gewesen, so läßt sich bei der jetzigen Krisis deutlich ein immer weitere Kreise umfassendes Bestreben erkennen, Bestimmungen zu erlangen, die sowohl Gewerkschaften wie Unternehmer an allzu weit gehender Ausnützung der Organisationsmacht hindern.

Virgil Jordan

Chile

Wirtschaftliche Rundschau über das zweite Vierteljahr 1922

Valparaiso, den 24. Juli 1922.

Die Zweifel, ob sich die seit Februar d. J. einsetzende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch weiterhin fortsetzen werde, können vorläufig als behoben bezeichnet werden. Der Bedarf an Chilesalpeter, hauptsächlich seitens der Vereinigten Staaten, hat sich größer, als erwartet, erwiesen, und die Aussicht auf weiteren, regelmäßigen Absatz des chilenischen Hauptproduktes hat genügt, um die bisherige Depression erheblich zu mildern, so daß die Normalisierung der Verhältnisse, besonders seit Festsetzung der niedrigeren Salpeterpreise und der damit zusammenhängenden Vermehrung der Verkäufe, ständige Fortschritte gemacht hat, doch haben die Verkäufe letzthin nachgelassen.

Die innere Politik des Landes wird noch von dem Ende April eingesetzten Verwaltungsministerium Jamarillo-Jarpa geleitet, das sich fortgesetzt durch Parteischwierigkeiten hindurchwinden muß. Der Kongreß wurde, wie üblich, mit einer längeren Botschaft des Präsidenten eingeleitet, in dem dieser ein Bild der Entwicklung des Landes im Jahre 1921 entwarf, das infolge der durch den mangelnden Salpeterabsatz entstandenen Schwierigkeiten in ziemlich dunklen Farben gehalten war. Die Bewilligung der laufenden Staatsausgaben, die im Januar stattfinden soll, hat sich in diesem Jahr sogar bis Ende Juni hinausgezögert, so daß der größte Teil der unbezahlten Beamten sich das zum dringendsten Lebensunterhalt benötigte Geld als Darlehen aus zweiter Hand besorgen mußte, was jedesmal große Unsicherheit in Lebenshaltung, Handel und Wandel hervorbringt.

Chiles Finanzen beruhen zum größten Teil auf den Im- und vor allem Exportzöllen (Salpeter). Die erhebliche Verminderung dieser Summen infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, wie sie bis vor kurzer Zeit bestand — die Zolleinnahmen Januar/Juli betrugen 1920 75 Mill., 1921 56 Mill., 1922 28 Mill. Goldpesos zu 18 d — haben ein Defizit entstehen lassen, das für dieses Jahr auf etwa 120 Mill. Papierpesos (rund 3,4 Mill. £) geschätzt wird. Die Einnahmen sollen sich nach dem Voranschlag auf 327, die Ausgaben auf 439 Mill. Papierpesos belaufen.

Die auswärtige Schuld, vor allem bestehend aus den in England und den Vereinigten Staaten aufgenommenen Anleihen, beträgt rund 48 Mill. £, die innere Schuld etwa 296,5 Mill. Papierpesos; die Gesamtverschuldung des Landes stellt sich also nach dem heutigen Kurse auf etwa 56 Mill. £, d. h. auf 480 Papierpesos je Kopf der Bevölkerung.

Zur Deckung des Defizits soll wieder eine Anleihe aufgenommen werden und zwar in Höhe von 135 Mill. Papierpesos, über deren Einzelheiten Regierung und Kongreß sich noch nicht einig sind.

Das Einkommensteuergesetz ist nach erster Beratung in der Deputiertenkammer wieder liegen geblieben. Der vorliegende Entwurf gliederte das Gesetz in zwei Teile und zwar erstens eine Steuer auf jede gewinnbringende Tätigkeit für juristische und private Personen (je nach Geschäftszweig und Beruf 2—5 %) und dazu noch eine allgemeine Besteuerung von 5 %, von jeder Privatperson zahlbar, die über ein gewisses Vermögen verfügt, jedoch ist infolge der Hochsetzung der Mindesteinkommensgrenze und anderer Ermäßigungen letztere nicht allzu drückend. Der Grundbesitz ist leider auch diesmal wieder aus dem Gesetz herausgenommen und auf ihn ist eine bedeutend geringere Steuer vorgesehen. Wann etwas definitives in dieser Lebensfrage für die Gesundung der hiesigen Finanzen geschieht, ist aber nicht abzusehen.

Bedeutend erfreulicher haben sich die Verhältnisse in der auswärtigen Politik gestaltet, die von dem Minister Barros Jarpa klug und geschickt geleitet wird. Seit dem Mai d. J. laufen nun die Verhandlungen in Washington, wobei Chile durch Herrn Aldunate, Perú durch Herrn Porras vertreten wird, um über die Lösung der Frage der Ausführung des Friedens von Ancon, d. h. der endgültigen Regelung des Besitzes der Provinzen Tacna und Arica zu entscheiden. Es darf wohl gesagt werden, daß es in erster Linie dem unbeirrten Versöhnungswillen Chiles zu danken ist, wenn es überhaupt gelang, zu einer Einigung zu kommen, deren endgültige Ratifizierung durch die beiden Regierungen bis zum 21. Oktober zu erfolgen hat. Danach soll ein Schiedsgericht der Vereinigten Staaten (es ist noch fraglich, welche Persönlichkeit das Amt

übernehmen wird) darüber entscheiden, ob heute noch eine Volksabstimmung, wie im Frieden von Ancon vorgesehen, vorzunehmen ist oder nicht. Falls sie stattfinden soll, setzt das Schiedsgericht die Einzelheiten dafür fest. Sollten aber die Schiedsrichter zu dem Urteil kommen, daß eine Volksabstimmung nicht am Platze ist, so sollen die chilenische und peruanische Regierung von neuem auf den Weg direkter Verhandlungen verwiesen werden; sollten diese scheitern, so wird ohne jede Klausel der endgültige Schiedsspruch über den Besitz der Provinzen den Vereinigten Staaten übertragen. Nachdem sich die Union derart mit der Angelegenheit eingelassen hat, ist zu erwarten, daß sie auch weiterhin im Interesse ihres Prestiges als amerikanische Vormacht alles daran setzen wird, um eine Einigung herbeizuführen. Vielleicht ist dabei noch manche Schwierigkeit zu überwinden, denn die Öffentlichkeit der beiden Länder zeigte sich über den Gang der Verhandlungen oft sehr erregt und schien zu Konzessionen nicht geneigt.

Die zuversichtliche Beurteilung der allgemeinen Lage blieb natürlich auf die Gestaltung des hiesigen Wechselkurses nicht ohne Einfluß. Seit dem Januar d. J. ist ein allmähliches Steigen der Währung festzustellen, das durch folgende Tabelle veranschaulicht wird:

Es werteten in chil. Papierpesos (90 T/S) im Durchschnitt:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
£	43,33	42,57	39,10	39,90	38,16	35,79
$ V. St.	10,32	9,79	8,92	9,07	8,59	8,05
Goldprämie	227%	226%	204%	213%	202%	189%

Seitdem oszilliert der Kurs zwischen 34 und 35 Papierpesos für das £.

Auf dem Geldmarkt hat sich ein gewisser Umschwung vollzogen, mit den günstigeren Aussichten für den Salpeterabsatz haben sich viele Besitzer von englischen £ und £-Wechseln veranlaßt gesehen, die bisher zurückgehaltenen Bestände an den Markt zu bringen, so daß die bisherige Nachfrage nach £ bereits manchmal einem Angebot wich. Da mit dem Fortgang der Salpeterverkäufe neue £-Wechsel zu erwarten sind, so ist es unwahrscheinlich, daß in der nächsten Zeit der hiesige Kurs einen ähnlichen Tiefstand, wie Anfang des Jahres, wieder aufweisen wird.

Die Reichsmark folgte auch hier dem katastrophalen Wertsturz und notierte am 10. Juli mit etwa 2300 ℳ für das £, gleich 66 ℳ für den Papierpeso, den tiefsten bisher erreichten Stand. Anfang Juni war die Notierung noch 28—30 ℳ für den hiesigen Papierpeso.

Die amtlichen Außenhandelsziffern für 1921 liegen jetzt auch nach Ländern geordnet vor. Danach betrug der Außenhandel Chiles im genannten Jahre 381,3 Mill. Goldpesos (zu 18 d) in der Einfuhr und 433,8 Mill. in der Ausfuhr; der Ausfuhrüberschuß ist somit von 275 Mill. Goldpesos in 1920 auf 50 Mill. in 1921 zurückgegangen. Nach wichtigeren Ländern geordnet betrugen die Zahlen 1921 (1920 in Klammer):

	Einfuhr aus	Ausfuhr nach
Verein. Staaten	105,1 (140,3)	74,5 (344,5)
England	102,8 (116,2)	67,5 (163,9)
Deutschland	33,0 (21,0)	15,1 (7,3)
Frankreich	22,3 (28,3)	21,9 (31,7)
Italien	7,1 (5,7)	9,0 (9,5)
Spanien	6,9 (9,2)	2,6 (16,9)
Japan	2,0 (4,2)	5,3 (15,0)

Den Hauptanteil an dem Rückgang tragen also die Vereinigten Staaten; wir Deutschen können mit Befriedigung feststellen, daß sich der deutsche Handel mit Chile in erfreulicher Weise gemehrt hat, so daß Deutschland heute bereits wieder in der Einfuhr an dritter und in der Ausfuhr an fünfter Stelle steht.

Mit allgemeiner Spannung sah man hier der Festsetzung der Salpeterpreise seitens der Produzentenvereinigung, der Asociacion de Productores de Salitre de Chile, entgegen, die satzungsgemäß für das laufende Salpeterjahr Juli 1922 bis Juni 1923 im Mai d. J. beschlossen werden mußte. Nach hartnäckigem Ringen — die billig arbeitenden deutschen und chilenischen Gesellschaften waren für niedrige, die teuerer arbeitenden englischen Werke für höhere — wurde etwa auf mittlerer Linie folgende Preisfestsetzung vorgenommen:

Für Lieferung je Qtl. esp. zu 46 kg: im Monat

1922 Juli:	s 8/6 —8/7	1922 Dezember: bis 1923 April	s 9/6
August:	„ 8/8 —8/10		
September:	„ 8/11—9/1		
Oktober:	„ 9/2 —9/3	Mai	„ 9/1
November:	„ 9/4 —9/5	Juni	„ 8/6

Da der bisherige Preis 14 s betrug, so ist die Ermäßigung immerhin recht beträchtlich. Der Preis in Europa stellt sich nach der neuen Skala auf etwa 11—12 £. Der europäische Salpeterverkaufsring (Pool) hat seine Bestände unter bedeutendem Preisnachlaß bis auf — die Nachrichten lauten verschieden — 100 000 oder 150 000 t veräußert, wohl mit erheblichem Verlust, da er zu bedeutend höheren Preisen eingekauft hatte.

Der Bedarf an Chilesalpeter im laufenden Düngejahr wird auf 1 800 000 t geschätzt, wovon auf Europa etwa 1 Mill. und auf die Vereinigten Staaten und Japan das übrige entfallen. Bisher sind zu den neuen Preisen etwas mehr als 320 000 t verkauft worden, die für das laufende Düngejahr vom Pool gelieferten Mengen kann man auf etwa ebenfalls 300 000 t veranschlagen, so daß also bisher rund der dritte Teil des Bedarfs verkauft ist.

Die monatliche Produktion hier beträgt etwa 70—80 000 t, doch beabsichtigen verschiedene bisher stillgelegte Werke, in der nächsten Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Frage der Einfuhr von Chilesalpeter nach Deutschland steht jetzt durchaus im Vordergrund des Interesses. Bekanntlich ist generell der Import gestattet, jedoch wird er durch gewisse Klauseln tatsächlich unmöglich gemacht. Die chilenische Regierung und die gesamte Öffentlichkeit versucht nun seit Festsetzung der niedrigeren Preise, eine Öffnung der deutschen Grenzen für das chilenische Produkt zu erzwingen. Wie schon berichtet, liegt der chilenischen Deputiertenkammer bereits seit Anfang d. J. ein Gesetzentwurf vor, der die Einfuhr von Waren aus solchen Ländern verbietet, die der Einfuhr von Chilesalpeter Schwierigkeiten bereiten und im Senat und der Presse ist von einigen Seiten bereits für Repressalien Stimmung gemacht worden. Dadurch ist in Kreisen des hiesigen deutschen Handels, besonders der Importeure, eine gewisse Beunruhigung eingetreten. Es läßt sich natürlich von hier aus schwer übersehen, ob der deutsche Boden über die 300 000 t künstlichen Stickstoffdüngers hinaus, den das Stickstoffsyndikat stellen kann, noch aufnahmefähig ist. Die Dinge liegen so, daß die Tonne Chilesalpeter in Deutschland etwa 11—12 £ wertet, während das künstliche Produkt nur 6—7 £ kostet, so daß — besonders bei Berücksichtigung des sehr schlechten Standes der Reichsmark — die Aussichten für den Chilesalpeter in Deutschland nicht besonders günstig sind und die deutsche Regierung sich um die Zukunft der Stickstoffindustrie auch dann keine Sorge zu machen brauchte, wenn sie die Einfuhr des hiesigen Produktes bedingungslos freigeben würde. Das Deutschtum hier würde aber eine solche freundliche Geste der chilenischen Regierung gegenüber mit großer Freude begrüßen, da wir uns so für die während des Krieges treu gehaltene Neutralität dankbar erzeigen würden und die Gefahr schwer schädigender Repressalien gegenstandslos würde. Die Deutsche Handelskammer hat deshalb unter

dem 11. Juli d. J. an ihre Vertrauensstelle in Hamburg (Geschäftsstelle der deutschen Handelskammern in den lateinamerikanischen Ländern) ein Kabel gesandt und dringend gebeten, bei den maßgebenden Stellen für die Aufhebung der bestehenden Einfuhrerschwerungen von Chilesalpeter einzutreten. Auch zwischen der deutschen und chilenischen Regierung wird seit einiger Zeit über diesen Gegenstand verhandelt. Wie man neuerdings hört, soll die deutsche Regierung bereit sein, die Einfuhrgenehmigung für eine bestimmte Menge zu erteilen, doch wieder unter Klauseln, die im Interesse des Schutzes des künstlichen Produktes für den Chilesalpeter einen bestimmten Preis vorsehen.

Der Kupfermarkt eröffnete Ende März mit Preisen von 58—59 £ für die Tonne. Im allgemeinen war wenig Bewegung, so daß die Preise während der ganzen Berichtszeit zwischen 59—62 £ schwankten. Anfang Juni fanden auf erhöhte Nachfrage von Europa hier größere Verschiffungen statt, wodurch die Preise bis auf 63 £ stiegen. Wie es heißt, hat sich die deutsche Industrie in Erwartung weiteren Fallens der Reichsmark mit Kupfer eingedeckt.

Zum Geschäft in Landesprodukten ist zu bemerken, daß nach Ende der Ernte der Exporteur hierzulande nicht mehr wie früher verschiedene tausend Sack eines bestimmten Artikels innerhalb weniger Tage auftreiben kann, da die großen Häuser (in der Hauptsache Italiener), die sich ausschließlich mit dem Aufkauf von Landesprodukten befaßten und nur an die Exporteure weiterverkauften, verschwunden sind. Diese Geschäfte lassen sich zurzeit in Chile nur auf ganz spekulativer Basis machen. Nur durch Verkauf, und zwar gleich zur Erntezeit, sind Landesprodukte in bestimmter Menge und Art zu erhalten, hinterher ist so gut wie nichts mehr zu bekommen.

Die großen Exportfirmen kaufen die Masse der Ernten monatelang im voraus auf, wenn die Früchte noch auf den Halmen sitzen, und geben den Bauern große Bargeldvorschüsse, um sich deren Existenzen zu sichern.

Trotz der Besserung des Pesokurses, der die hiesigen Landesprodukte verteuert und ihren Absatz erschwert, ist die Stockung im Geschäft nicht so erheblich gewesen, als man hätte erwarten sollen. Eine sehr stark fallende Tendenz zeigte jedoch der Weizenmarkt, da er sich dem gesunkenen Weltmarktpreis anpassen mußte; die Stimmung wird als sehr flau und lustlos geschildert. Auch die Mehlpreise sind sehr gefallen, so daß sogar Import aus Argentinien stattgefunden hat. Falls sich die Valuta weiter bessert, besteht die Gefahr, daß das sehr gute argentinische Mehl in größeren Quantitäten eingeführt wird.

Ein vielgefragter Artikel war in der Berichtszeit Pasas de Elqui (getr. Trauben), deren Ernte gerade Ende Juni hereinkommt. Die alte Ernte ist völlig vergriffen. Man rechnet mit einer Produktion von ca. 20 000 bultos in diesem Jahr. Anfangpreise ca. 65 Papierpesos; ein bulto enthält 68 Pfund und setzt sich aus vier kleinen Kisten zusammen, die wiederum jede 17 Pfund enthält. Der Artikel war nicht nur im Lande selbst, sondern auch zum Export sehr begehrt.

Vergleichspreise (Ende Juni):

Bohnen:			Erbsen:		
Caballeros	50	Papierpes.	Petit pois sanan	55	Papierpes.
Triguitos	54	„	Nüsse	235	„
Milagros	52	„	Quillay	32	„
Pallares	70	„	Honig	38	„
Bayos	50	„			

Die Preise verstehen sich je 100 kg ab Bodega Valparaiso. Honig, Häute und Quillay wurden auch viel nach Hamburg verschifft.

Die Belebung im Importgeschäft, von der wir bereits im vorigen Bericht sprachen, hat sich auch weiterhin fortgesetzt. Die Aussicht auf Wiedereröffnung einer Anzahl stillgelegter Salpeterminen und der fallende Kurs der fremden Valuten haben die hiesigen Firmen bewogen, sich zur Befriedigung des angenommenen Bedarfes mit Waren einzudecken, daher die meisten ankommenden Dampfer gute Ladung führten. Die Verbilligung der Waren vermochte anfangs die Zweite Hand, Häuser- und Ladenbesitzer, nicht zu Käufen zu veranlassen, da weitere Rückgänge des £ und US $ erwartet wurden und diese Kreise daher mit dem Einkauf zögerten. Sollte der Kurs stabil bleiben, so wird dies Hindernis wohl schwinden. Doch scheint es beinahe, als ob für einige Artikel bereits schon wieder ein Überimport droht. — Den amerikanischen Notierungen folgend, ist vor allem der Zuckerpreis stark gestiegen (amerikanische Notierung Januar 3,61 cts, jetzt 4,79 je Pfund).

In Maschinen wurden in Hinblick auf Eröffnung bisher geschlossener Salpeterwerke Geschäfte eingeleitet. Dagegen hat sich der Textilmarkt noch nicht wieder erholen können und die vorübergehende Belebung ist nicht von allzu langer Dauer gewesen.

Es ist von besonderem Interesse, zu beobachten, daß anscheinend die Nordamerikaner und Engländer entschlossen sind, dem neuerwachten deutschen Wettbewerb energischer als bisher entgegenzutreten. So hat die hiesige Firma Gibbs & Co., welche die Vertretung der hier sehr beliebten Fortautomobile besitzt, die Preise hierfür jetzt um rund 30 % ermäßigt, und auch andere Häuser bemühen sich, durch weitere Reduzierung der Preise der deutschen Konkurrenz das Feld streitig zu machen. Es kann daher nur immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß die deutschen Importartikel Qualitätswaren sein müssen. Klagen in dieser Beziehung wollen leider nicht verstummen.

Schiffahrt und Frachten: Ende März notierten Frachten 21 s 3 d für März/April und 23 s 9 d für das zweite Halbjahr, im Mai und Anfang Juni wurden gar nur 20 s für Kupfer und 18 s für Salpeter, garantierte Junibeladung, angenommen, während für Juli 26 s und für August/Dezember hier 27 s 6 d und in Europa sogar vereinzelt 28 s 9 d angelegt wurden. Europäische Reeder rechnen mit Bestimmtheit auf großen Salpeterexport von Chile nach Europa in den letzten vier Monaten des Jahres.

Aus der deutschen Kolonie: Der deutsche Verein in Valparaiso hat für den Kaufpreis von 400 000 Papierpesos ein repräsentatives und zentral gelegenes Haus erworben, das in zwei Jahren bezogen werden soll.

Dr. W. Drascher,
Syndikus der Deutschen Handelskammer

Handelspolitische Rundschau

(Die Quellen können beim Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5, werktäglich von 9–4 Uhr eingesehen werden. Abschriften gegen Erstattung der Unkosten.)

Asien

Armenien s. Transkaukasien.

Aserbeidschan s. Transkaukasien.

China s. Großbritannien (S. 818).

Formosa. Für alkoholische Getränke besteht seit 1. 7. ein Regierungsmonopol („B. of Tr. J." 10. 8.).

Französisch-Indien. Durch Dekret vom 4. 8. werden für verschiedene Textilwaren Ausfuhrzölle eingeführt. Sendungen bis 25 kg sind frei. Näheres s. „Journal Off." 8. 8.

Georgien s. Transkaukasien.

Irak. Ein Verzeichnis der gegenwärtig in Kraft befindlichen Ein- und Ausfuhrzölle veröffentlicht „Board of Trade Journal" 24. 8. S. 221/22. (Einzusehen beim H. W. W. A.)

Japan. Zur Abwehr von Viehseuchen sollen künftig Haustiere, Fleisch, Knochen, Häute, Haare usw. zur Einfuhr erst zugelassen werden, nachdem sie einer Quarantäne-Untersuchung unterworfen wurden („B. of Tr. J." 3. 8.). — Nach amerikanischem Vorbild soll eine nationale Handelskammer als Zentralorgan für die Rationalisierung der industriellen Produktion und die Förderung des Außenhandels geschaffen werden („Journée Ind." 12. 8.). — Der Prinzregent hat die Washingtoner Verträge ratifiziert („Hbg. Frbl." 8. 8.). — Mit der Regierung von Tschita sollen nach einem Notenwechsel neue Verhandlungen über die Räumung Ostsibiriens und die Anknüpfung von Handelsbeziehungen aufgenommen werden, an denen als Vertreter der russischen Sowjetregierung der bevollmächtigte Vertreter in Peking, Joffe, teilnehmen wird („D. Allg. Ztg." 1. 8.).

Kelantan. Der Einfuhrzoll für Kalk wurde von 3 % auf 10 % des Wertes erhöht („B. of Tr. J." 17. 8.).

Malayenstaaten, Föderierte. Ab 30. 6. wurde der Importzoll auf Streichhölzer geändert; je standard groß von 10 000 beträgt der Zoll 1 $ oder 75 cts, je nachdem in der Einzelschachtel weniger oder mehr als 80 enthalten sind („B. of Tr. J." 17. 8.).

Persien. Für die Reorganisation der persischen Finanzen wurde der Amerikaner Arthur C. Millspaugh auf fünf Jahre verpflichtet. Millspaugh wird einen Stab von amerikanischen Mitarbeitern mitnehmen („New York Evening Post" 8. 8.).

Republik des Fernen Ostens. Unter amerikanischem Druck haben die Japaner begonnen, das Küstengebiet zu räumen („D. Allg. Ztg." 29. 7., 7. 8., 19. 8.). — Tschita ist nach russischer Meldung mit Moskau durch einen alle zwei Wochen in jeder Richtung verkehrenden Schnellzug verbunden („Hbg. Frbl." 24. 8.). — Vgl. auch Japan.

Tibet. Von Indien aus ist mit der Hauptstadt Lhasa eine telegraphische Verbindung hergestellt („Hbg. Corr." 9. 8.).

Transkaukasien. Die Volkskommissariate für auswärtige Angelegenheiten der durch Bündnisvertrag vom 12. 3. zusammengeschlossenen Sowjetrepubliken Georgien, Armenien und Aserbeidschan wurden aufgelöst. Organ der auswärtigen Politik Transkaukasiens ist der Bundesrat, der aus den Präsidenten der drei Republiken besteht („D. Allg. Ztg." 24. 7.). — Vgl. auch Rußland (S. 770).

Türkei. Die Ausfuhr von Gerste, Wicken, getrockneten und gesalzenen Fischen, Grießmehl und Makkaroni wurde freigegeben („B. of Tr. J." 24. 8.). — Von der Nationalversammlung zu Angora wurde ein Handelsabkommen mit Frankreich ratifiziert („D. Allg. Ztg." 22. 8.).

Yemen. Der Emir von Asir hat gegen den Imam Yehia einen Feldzug eröffnet, weil dieser durch Erhebung geringerer Zölle im Hafen Taif einen beträchtlichen Teil des Einfuhrhandels von Hodeida nach Taif ablenkte („Times" 5. 8.).

Afrika

Ägypten. Neue Verzollungswerte wurden für vegetabilische Öle und Indigo festgesetzt („Ind.- u. Hand.-Ztg." 13. 8.). — Baumwollene Stückwaren sind seit 1. 7. nach dem Wert zu verzollen („B. of Tr. J." 27. 7.).

Basutoland. Der Handel mit Opium und ähnlichen schädlichen Drogen wurde durch Proklamation vom 12. 6. für Basutoland, Bechuanaland und Swaziland untersagt („B. of Tr. J." 3. 8.).

Bechuanaland s. Basutoland.

Französisch-Westafrika. Die Erhöhungskoeffizienten der Einfuhrzölle auf alkoholische Getränke und Parfums wurden von 2,5 auf 1,5 ermäßigt. Im übrigen gelten für die zweite Hälfte 1922 die für das erste Halbjahr festgesetzten Erhöhungskoeffizienten (vgl. „B. of Tr. J." 3. 8. und 12. 1.).

Goldküste. Das System der Bewertung von Einfuhrwaren für die Verzollung wurde durch die Customs Tariff Amendment Ordinance 1922 (3. 7. 22) geändert. Näheres vgl. „B. of Tr. J." 17. 8. S. 189. — Zollfrei können importiert werden: Uniformen für Boy-Scouts, Apparate und Material zur Anlage von Telephonen und elektrischen Lichtanlagen, Medikamente, Telegraphenmaterial für die African Direct Telegraph Co. Ltd. („B. of Tr. J." 3. 8.).

Mozambique. Durch Dekret vom 3. 6. wurden die Sätze der neben dem Zoll zur Erhebung gelangenden „Handels-Kontribution" geändert. Die neuen Sätze gibt „B. of Tr. J." 17. 8. wieder (einzusehen beim H. W. W. A.). — Mais und Maismehl werden bei der Ausfuhr auf ihre Qualität untersucht. Mehr als 12 % Staub enthaltende Ware ist vom Export ausgeschlossen („B. of Tr. J." 24. 8.).

Nigeria. Dem Gesetzgebenden Rat wurde ein Gesetzentwurf unterbreitet, nach dem ab 1. 8. die Wertzölle nach dem tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preis der importierten Waren erhoben werden sollen („B. of Tr. J." 17. 8.). — Die Ausfuhrzölle auf Häute und Felle wurden mit Wirkung vom 19. 7. wie folgt ermäßigt (je lb): Rohhäute und rohe Schaffelle ½ d, rohe Ziegenfelle 1 d, gegerbte Häute 1 d, gegerbte Schaf- und Ziegenfelle 1½ d („B. of Tr. J." 10. 8.). — Das Einfuhrverbot für Radreifen wurde aufgehoben („B. of Tr. J." 24. 8.).

Spanisch-Marokko. Auf Zucker, Kaffee und Tee wurde eine Verbrauchsabgabe eingeführt. Näheres „B. of Tr. J." 10. 8.

Südafrikanische Union. Die Einfuhr von Lederstiefeln und -schuhen sowie von Zucker wurde bis 30. 6. 1923 verboten (vgl. „B. of Tr. J." 17. 8. und 24. 8.). — Wollene Garne kamen auf die Freiliste („Manch. Guard. Comm." 27. 7.). — Nach einem dem Unionsparlament vorliegenden Gesetzentwurf sollen Ausfuhrprämien für Eisen und Stahl, gewonnen aus in der Union verhütteten Erzen, in Höhe von 15 s je ton eingeführt werden. Vom Finanzjahr 1927/28 an tritt ein Abbau ein; im Finanzjahr 1931/32 soll die Prämie nur noch 2 s 6 d je ton betragen („B. of Tr. J." 17. 8.).

Südrhodesien. Neue Zollsätze sind festgesetzt für Flaschenstöpsel, Filme, Medikamente und Toiletteartikel, Stärke, „Gu-

rak" (gouracco) und „Hukah" (hookah mixture), Schnupftabak, Baumwollwaren. Vgl. „B. of Tr. J." 10. 8.

Südwestafrika. Um die Geldnot zu lindern, zahlt die Verwaltung der Kolonie vom 16. 8. an Ausfuhrprämien: für lebendes Vieh und gesalzenes Fleisch 1 Farthing je Pfund (engl.), für frisches Fleisch ½ d je Pfund („Manch. Guard. Comm." 10. 8.).

Uganda. Für Motorwagen, die voll beladen mehr als 6 tons wiegen, wird keine Einfuhrerlaubnis mehr erteilt („B. of Tr. J." 24. 8.).

Amerika

Argentinien. Das Finanzministerium hat den Zollbehörden bekanntgegeben, daß das Gesetz Nr. 9483, durch welches die Ausfuhr gemünzten Goldes verboten ist (vgl. S. 673), weiter zu Recht besteht. Näheres s. „Buenos Aires Hand.-Ztg." 15. 7. — Die Ausfuhrverzollungswerte für den Monat August wurden durchweg erhöht, besonders für Mais (36.74 $ und 35.12 $) und Leinsaat (92.22 $ und 89.08 $) („Times" 2. 8.). — Der argentinische Handelsdelegierte in Deutschland schloß mit einem Hamburger Syndikat ein Abkommen über einen Import von mindestens 100 000 t lebenden Viehs und 100 000 t Gefrierfleisch nach Deutschland. Der Transport soll auf deutschen Schiffen erfolgen („Voss. Ztg." 9. 8., „Manch. Guard. Comm." 17. 8.).

Barbados. Die Einfuhrzölle auf Spirituosen wurden geändert. Näheres s. „B. of Tr. J." 24. 8. — Der Einfuhrzoll auf Filme, deren Vorführung wegen Verbots unterbleibt, kann bei der Wiederausfuhr zurückerstattet werden („B. of Tr. J." 3. 8.).

Brasilien. Der Präsident von Rio Grande do Sul proklamierte die Unabhängigkeit des Staates; die Beziehungen zur Zentralregierung sind abgebrochen („D. Allg. Ztg." 22. 8.).

Chile. In der Kammer soll ein Gesetzentwurf eingebracht werden, worin gefordert wird, daß die Einfuhr von Waren aus Ländern, in die Salpeter nicht frei eingeführt werden darf, verboten werden soll. Die Presse fordert ein Einfuhrverbot für deutsche Waren, sofern Deutschland der Einfuhr von Chilesalpeter weiter Schwierigkeiten macht („D. Allg. Ztg." 16. 8.).

Costa Rica. Auf Waren, die über das Gebiet der Stadt San José importiert werden, wird seit 15. 6. ein Zuschlagszoll in Höhe von ½ Centimo Goldcolón (2,15 $ = 1 $ am.) je kg Bruttogewicht erhoben, dessen Ertrag dem Wohnungsbau in San José dienen soll („B. of Tr. J." 17. 8. und „Ind.- u. Hand.-Ztg." 27. 8.). — Auf Veranlassung der amerikanischen Regierung wurde das Gesetz vom 6. 7. 20, nach dem Rohstoffe (mit Ausnahme von Tabak) aus anderen mittelamerikanischen Republiken zollfrei eingeführt werden konnten, widerrufen („Ind.- u. Hand.-Ztg." 10. 8.). — Bestecke mit Zusammenstellungen von Mustern chemischer und medizinischer Grundstoffe („equiqos chemcraft"), die einschließlich Verpackung das Gewicht von 2½ kg nicht überschreiten, sind seit 1. 6. mit 20 cts je kg zu verzollen („Ind.- u. Hand.-Ztg." 10. 8.).

Dominica. Die Einfuhrzölle für Rum und Bayrum wurden ab 4. 7. erhöht. Vgl. „B. of Tr. J." 17. 8. — Zur Herstellung von Zitronensäure bestimmte Schwefelsäure geht zollfrei ein („B. of Tr. J." 24. 8.).

Ecuador. Laut Dekret werden die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich wieder aufgenommen („Ag. Düms" Aug.).

Honduras, Republik. Der 10 % Ausfuhrzoll auf Silber wurde durch Dekret vom 10. 4. aufgehoben („B. of Tr. J." 3. 8.).

Kanada. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich (vgl. S. 722) werden von dem Finanzminister Fielding geführt werden, der sich nach Europa eingeschifft hat („D. Allg. Ztg." 22. 8.). — Vgl. Großbritannien (S. 818), Rußland (S. 844).

Mexiko. Die neuen Einfuhrzollsätze auf baumwollene Garne, Spitzen und Gewebe (S. 794) veröffentlicht „B. of Tr. J." 17. 8. — Das Finanzministerium hat eine Neuausgabe des Zolltarifs veranstaltet (Preis 6,50 $ Gold) („Ind.- u. Hand.-Ztg." 10. 8.). — Präsident Obregon unterzeichnete am 7. 8. den im Juni (S. 673) mit dem Internationalen Bankenkomitee in New York abgeschlossenen Schuldenregelungsvertrag; dem Kongreß wird er im September unterbreitet („South Amer. Journal" 12. 8.). — Nach dem Vorbild der Dauermusterschau mexikanischer Landeserzeugnisse in Berlin soll in Madrid eine Handelsvertretung und Musterschau errichtet werden („Ag. Düms" Aug.).

Peru. Der Ausfuhrzoll auf Erdöl, Erdölprodukte und ähnliche Carbohydrate beträgt seit Mai d. J. 3,50 Soles je metr. Tonne Nettogewicht. Der Zoll soll innerhalb der nächsten 20 Jahre nicht erhöht werden („B. of Tr. J." 24. 8.).

Trinidad. Die Ausfuhr von Silbermünzen, Feuerwaffen, Munition, Explosivstoffen (außer solchen für industrielle Zwecke), Opium und Kokain wurde verboten („B. of Tr. J." 3. 8.).

Uruguay. Mit der belgischen Regierung wurde ein Abkommen über die Ausfuhr von Vieh nach Belgien geschlossen („Times" 9. 8.).

Vereinigte Staaten von Amerika. Die Mc. Cumber-Zolltarifvorlage wurde am 19. 8. vom Senat angenommen. Sie enthält 2200 Änderungen der Vorlage, wie sie vom Repräsentantenhause angenommen war. Die Senatsvorlage ermächtigt den Präsidenten, bis zum 1. Juli 1924 die Zölle nach oben und unten bis zu 50 % abzuändern. In vielen Einzelheiten sieht die Vorlage viel höhere Sätze vor als die des Repräsentantenhauses. Außer hohen Zöllen auf Chemikalien verlangt sie auch Zölle auf Stahlwaren in Höhe von mehreren hundert Prozent ad valorem, Zölle auf Kinder-Spielzeug mit 70, auf Spitzen mit 90 %. Sie fordert schließlich die ausländische Bewertung, die des Repräsentantenhauses die amerikanische. Die Vorlage geht nun dem Konferenzausschuß zu, der dem Bewertungsplan zustimmen muß. („D. Allg. Ztg." 22. 8.) — Ein vom Senat genehmigter Abänderungsantrag zur Zolltarifbill sieht die Schaffung von Freihäfen vor („D. Allg. Ztg." 18. 8.). — Vgl. auch Persien.

Australien und Südsee

Australischer Staatenbund. Im Bundes-Haushaltsentwurf sind folgende Zollermäßigungen beantragt: Drahtnetze und Einzäunungsdraht, ebenso Ziehmaschinen 10 % im Generaltarif, 5 % im Mitteltarif, frei im Vorzugstarif; verzinktes Eisen je t 1 £ 10 s im General- und Mitteltarif, 1 £ im Vorzugstarif („Manch. Guard. Comm." 24. 8.). — Die Einfuhr von 500 t Karbid wurde freigegeben („Manch. Guard. Comm." 10. 8.). — Hughes kündigte eine Novelle zum Industrie-Schutzgesetz mit wirksameren Anti-Dumping-Bestimmungen an („Manch. Guard. Comm." 10. 8.). — Das Abkommen mit Neu-Seeland über gegenseitige Zollbegünstigung wurde von den Repräsentantenhäusern beider Dominions angenommen („Manch. Guard. Comm." 10. 8. u. 17. 8.). — Vgl. auch Deutsches Reich (S. 817).

Neu-Seeland s. Australischer Staatenbund.

Schiffahrt und Schiffbau

Vereinigte Staaten

Gegenwärtiger Umfang und Verwendung der Flotte des amerikanischen Schiffahrtsamtes. Das amerikanische Schiffahrtsamt verfügt nach neueren Aufstellungen zurzeit über 1648 Schiffe von 10 897 007 t dw. Über Art und Verwendung der Schiffe unterrichtet folgende Aufstellung:

	Schiffe	t dw.
Stählerne Schiffe in Fahrt	361	3 058 387
Aufgelegte stählerne Schiffe	913	5 875 388
Hölzerne Schiffe, aufgelegt	236	869 441
Vercharterte Schiffe	30	137 566
Tankdampfer	90	805 676
Schiffe, die dem Schiffahrtsamt als Pfand überwiesen sind	3	23 283
Schiffe, die wiederhergestellt werden sollen	2	27 004
Schiffe, deren Wiederindienststellung bevorsteht	10	74 663
Sonstige Schiffe	3	25 560

Etwa ein Zwölftel des Gesamtschiffsraumes entfällt auf die unverwendbaren hölzernen Dampfer. Die in Fahrt befindlichen 361 stählernen Schiffe verteilen sich auf die verschiedenen Verkehrsgebiete wie folgt:

Es sind beschäftigt im Verkehr mit:	Schiffe	t dw.	%
Nordeuropa und Nordwesteuropa (südlich bis Bordeaux)	166	1 424 651	56,6
Südeuropa (Spanien, Portugal, Mittelmeer)	34	268 117	8,8
Asien und Australien	70	718 257	23,5
Afrika	9	76 840	2,5
Südamerika	39	317 042	10,4
Westindien	11	45 937	1,5
sonstigen Ländern	28	168 997	5,5

Nahezu die Hälfte der in Fahrt befindlichen Tonnage ist im Verkehr mit Nordeuropa, das ist Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland und Skandinavien beschäftigt. A. K.

Konkurs einer amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft. Nach einer Mitteilung des „New York Herald" ist die New York Naples Steamship Co. (Broadway 150) in Konkurs geraten. Die Gesellschaft hatte den früheren Dampfer der American Line „Philadelphia", gebaut 1889, ein Schwesterschiff des Dampfers „New York" angekauft und unterhielt mit ihm unregelmäßige Fahrten zwischen New York und Neapel. Das Schiff wird jetzt in Neapel zurückgehalten, weil es dort 45 000 $ für Reparaturarbeiten schuldet. A. K.

Die amerikanische Subsidienbill zurückgestellt. Nachdem die amerikanische Presse bereits vor kurzem die Mitteilung gebracht hat, daß im amerikanischen Repräsentantenhaus eine Entschließung darüber herbeigeführt werden würde, ob die Subsidienbill noch in der laufenden Session des Kongresses behandelt oder bis zur nächsten Session zurückgestellt werden soll, wird jetzt der „Times" von New York gekabelt, daß sich auch Präsident Harding mit der Überweisung der Bill auf das Programm der nächsten Session einverstanden erklärt habe. Der Präsident hielt bisher hartnäckig an der Absicht fest, die Bill noch in der laufenden Session zu erledigen. Die langen Beratungen über die Tarifbill nehmen jedoch die Tätigkeit des Kongresses so sehr in Anspruch, daß die für die voraussichtlich recht ausgedehnten Verhandlungen über die Subsidienbill nötige Zeit nicht mehr bleibt. In Kongreßkreisen ist man der Ansicht, daß die Zahl der unbedingten Anhänger der Bill in letzter Zeit beträchtlich abgenommen habe. A. K.

Das Schiffahrtsamt zieht seine Schiffe aus dem amerikanischen Küstendienst zurück. Einer Meldung des „New Yorker Journal of Commerce" zufolge hat die American Steamship Owners Association sich durch ihren Vizepräsidenten Wintrhop L. Marvin an das Schiffahrtsamt mit der Bitte um Zurückziehung der im amerikanischen Küstendienst tätigen Regierungsschiffe gewandt. Mr. Marvin machte zur Unterstützung dieses Ersuchens geltend, daß der Verkehr zwischen den atlantischen und pazifischen Häfen der Union seit längerer Zeit ein Reservatrecht der amerikanischen Flagge sei. Die Zurückziehung der amerikanischen Regierungsschiffe könne also nicht zur Folge haben, daß sich fremde Schiffe in diesen Verkehr eindrängen. Gegenwärtig seien etwa ½ Dutzend privater amerikanischer Schiffahrtsgesellschaften mit einer Tonnage von 600 000 t dw in dem Intercoastal-Dienst tätig. An der Tatsache, daß sie keineswegs immer ihre Fahrten mit voller Ladung machen, ergebe sich, daß sie imstande seien, den Gütertransport zwischen den amerikanischen Häfen der West- und Ostküste völlig zu bewältigen. Der Wettbewerb, der sowohl zwischen den einzelnen Schiffahrtsgesellschaften wie zwischen den Schiffahrts- und Eisenbahngesellschaften herrsche, sorge dafür, daß die Verlader nicht durch zu hohe Raten benachteiligt würden. Es bestände also kein Grund für das Schiffahrtsamt, die Konkurrenz in diesem bereits mit Tonnage übersättigten Verkehr dadurch noch weiter zu verschärfen, daß es eigene Schiffe in diesem Dienst laufen lasse. Ein besseres Feld der Betätigung für die Regierungsschiffe sei der foreign Trade, in dem bislang noch fast ⅔ der Transportmengen unter fremden Flaggen befördert würden.

Chairman Lasker vom Shipping Board gibt bekannt, daß das Amt dem Ersuchen entsprechen würde, wenn die Privatreedereien bindende Sicherheiten geben könnten, daß die regelmäßigen Fahrten von allen Häfen, wie sie jetzt bestänen, aufrecht erhalten werden würden. A. K.

Ratenkrieg in der Passagierfahrt zwischen Nord- und Südamerika. Das amerikanische Schiffahrtsamt kündigt eine weitere drastische Kürzung der Raten in der Passagierfahrt zwischen Nord- und Südamerika an. Der Fahrpeis in der 1. Kajüte für die Hin- und Rückfahrt zwischen New York und Rio de Janeiro ist von 450 $ auf 350 $, der Fahrpreis für die Hinfahrt allein von 295 $ auf 200 $ verringert. Für die Fahrkarte nach Buenos Aires sind anstatt 360 $ jetzt 250 $ zu zahlen.

Damit ist der Ratenkampf, der zwischen den in diesem Verkehr tätigen Gesellschaften bereits seit längerem andauert und nur vorübergehend unterbrochen wurde, wieder in ein neues Stadium getreten. Es konkurrieren hier zurzeit der Dienst der britischen Reederei Lamport & Holt mit dem Lloyd Brazileiro und der amerikanischen Munson-Line, die als Beauftragte des amerikanischen Schiffahrtsamtes mit amerikanischen Passagierschiffen arbeitet. Den Anstoß zum Ratenkampf gab ehemals der Lloyd Brazileiro mit einer Ratenreduktion, die die hohen Passagepreise der Kriegszeit um etwa 25 % herabsetzte, eine Maßnahme, die die beiden Konkurrenzlinien zwang, das gleiche zu tun. Bald darauf fand eine weitere Ermäßigung der Raten statt. Sie ging aus von der britischen Linie, die sich zur Begründung ihres Vorgehens darauf berief, daß ihre Schiffe von geringerer Geschwindigkeit als die Regierungsschiffe der Munson-Line seien. Jetzt ist das Schiffahrtsamt mit einer neuen bedeutenden Herabsetzung gefolgt und der Konkurrenzkampf wird sich wahrscheinlich in nächster Zeit noch weiter verschärfen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die neuere Ratenkürzung auch auf den Verkehr von Nordamerika nach der Westküste Südamerikas einwirken wird. Gegenwärtig zahlt der Passagier von New York via Panamakanal nach Valparaiso 350 $ und die Reise dauert 19 Tage, reist er dagegen mit der neuen Rate 250 $ nach Buenos Aires und benutzt dann die Trans-Andenbahn nach Valparaiso, so stellen sich die Kosten der Reise nur auf 335 $ und die Reise dauert 16 Tage, er kommt also über Buenos Aires schneller und billiger nach Valparaiso.

Zur Hundertjahrausstellung in Rio de Janeiro, die im nächsten Monat eröffnet wird, erwarten sämtliche drei Linien lebhaften Zuspruch. Lamport & Holt werden ihre sämtlichen in diesem Dienst verwendeten Schiffe, von denen gegenwärtig einige im Dienste der Royal Mail zwischen Europa und Amerika fahren, wieder in den Verkehr zwischen Nord- und Südamerika einstellen. Die Munson-Line verfügt über vier der besten und schnellsten Passagierschiffe des Schiffahrtsamtes und auch der Lloyd Brazileiro wird wahrscheinlich die Zahl seiner Expeditionen erhöhen. A. K.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Hamburg

	Parität	23. 8.	24. 8.	25. 8.	26. 8.	28. 8.	29. 8.
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
New Y. Kabel 1 $	4,20	1425 — 1470	1895 — 2010	1815 — 2017	1830 —1895	1445 —1580	1405 —1505
London ... 1 £	20,42	6390 — 6585	8480 — 8970	8180 — 9320	8155 — 8520	6430 —7070	6230 —6720
Paris ..... 100 fr	81,—	11275 —11725	14975 —15925	13770 —16330	13975 —14325	11075 —11975	10675 —11775
Brüssel ... 100 fr	81,—	10675 —11125	14275 —14825	13670 —15530	13175 —13775	10625 —11375	10075 —11025
Rom ..... 100 Lire..	81,—	6025 — 6750	8625 — 8950	8225 — 9325	7875 —8325	6280 —6820	6025 —6525
Madrid .... 100 Peset.	81,—	21950 —23050	29950 —31150	28500 —32500	27950 —29550	22350 —25050	20950 —23350
Zürich .... 100 fr	81,—	27350 —27950	36150 —38050	34950 —40000	34450 —36350	27950 —29650	26730 —28550
Amsterdam 100 fl	168,75	55760 —57400	73400 —79000	71400 —81300	71400 —75200	55900 —61600	54600 —59100
Kopenhag. 100 Kr ...	112,50	30850 —31750	40950 —43600	39550 —45050	39050 —41050	30950 —38800	30250 —32050
Stockholm. 100 Kr ...	112,50	38050 —38950	51150 —53850	48650 —55050	47750 —51050	38750 —42150	36950 —39550
Kristiania . 100 Kr ...	112,50	24750 —25450	33150 —34850	31450 —35550	31350 —32650	23950 —25650	23850 —25350
Helsingfors 100 FM ..	81,—	3050 — 3160	4090 —4285	3890 — 4610	3940 —4110	3065 —3335	3050 —3110
Prag ..... 100 K	85,—	4990 — 5260	6490 —7010	6240 — 7210	6490 —6750	5390 —5810	4890 —5220
Wien..... 100 K neu .	85,—	1,50 — 1,80	1,50— 2,35	1,75— 2,75	1,90— 2,60	1,75— 3,—	1,75 — 2,25
Budapest.. 100 K	85,—	83 — 87	100—120	100 — 142	98 — 102	77,50— 85,—	75 — 85
Buen. Aires 1 Pes P.	1,78	512 — 525	690 — 735	645 — 725	660 — 680	515 — 580	505 — 541
Rio d. Jan.*) 1 Milr..	1,38	187,50 — 197	234,50—260,—	257 — 290	257 — 290	204 — 220	181 — 210

*) Bankmeldung, alles übrige amtlich festgesetzter Börsenkurs.

	Parität	Berlin	New York	London	Paris	Zürich	Kopenh.	Amsterd.	Stockh.	Wien
		29. 8.	29. 8.	29. 8.	29. 8.	29. 8.	29. 8.	29. 8.	29. 8.	28. 8.
	ℳ	ℳ	$	*)	fr	fr	Kr	fl	Kr	K
Berlin .....100 ℳ.....	100,—	,—	0,08	7000,—	0,90	0,37	0,35	0,17¼	0,23	4 935,—
NewYorkKab. 1 $	4,20	1425,—	—	4,45½	12,97	5,25¾	4,66½	2,57¼	3,79	78 300,—
London .... 1 £	20,43	6350,—	4,46¼	—	57,77	23,46	20,77	11,47¼	16,85	352 000,—
Paris .....100 fr	81,—	11300,—	7,74	58,12½	—	40,65	36,—	19,87½	29,40	601 500,—
Brüssel ....100 fr	81,—	10550,—	.	60,65½	95,20	38,70	34,35	18,90	28,—	.
Rom .....100 Lire...	81,—	6250,—	4,30¹)	10,10⅞	56,90	23,20	.	11,80	.	340 800,—
Madrid ....100 Pesetas	81,—	22625,—	.	28,47	201,50	81,60	.	39,85	.	.
Zürich .....100 fr	81,—	27850,—	.	23,45	247,25	—	88,75	48,90	72,—	1 499 300,—
Amsterdam .100 fl	168,75	55500,—	38,85	11,46½	504,—	204,75	181,25	—	147,50	3 075 500,—
Kopenhagen100 Kr	112,50	30100,—	21,55¹)	20,71¹)	.	112,75	—	55,15	81,40	1 701 200,—
Stockholm .100 Kr	112,50	37100,—	26,67¹)	16,74¼¹)	.	139,—	123,—	68,25	—	.
Kristiania ..100 Kr	112,50	23700,—	17,15¹)	26,07½¹)	.	89,25	78,65	43,75	64,25	.
Helsingfors .100 FM.	81,—	3000,—	.	206½¹)	.	.	10,05	.	8,12	.
Prag .....100 K	85,—	4700,—	3,79¹)	118123,—¹)	.	18,75	16,50	.	13,75	268 850,—
Wien .....100 K neu.	85,—	1,97½	.	420000,—¹)	.	0,00½	.	0,04½	.	—
Budapest ..100 K	85,—	78,50	.	7500,—¹)	.	0,29	.	.	.	.
Agram .....100 Dinare	81,—	.	.	365,—¹)	.	1,50	.	.	.	86 400,—
Buenos Aires 1 Peso P.	1,78	513,—	.	43⅞¹)	.	1,89	.	.	.	.

*) Die Notierungen in London werden angegegeben in ausländ. Einheiten für 1 £. ¹) Kurs vom 26. 8.

Berlin 29. 8.: Bulgarien.. 100 Leva = 810,— ℳ. Japan ... 1 Yen = 695,— ℳ. Rio de Janeiro ... 1 Milr. = 193,— ℳ

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes

	New York	Zürich	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.
	29. 8.	29 8.	29. 8.	29. 8.	29. 8.
Reichsmark	0,335	0,30	0,29	0,39	0,26
Dt.-österr. Krone .	.	0,005	0,008	.	.
Französ. Frank....	40,12	40,65	41,41	50,—	40,83
Pfund Sterling....	91,63	93,02	94,74	114,4	92,79
Dollar	—	101,3	103,3	125,1	101,6

Entwertungszahl ¹)

		New York	Zürich	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.
Reichsmark..	29. 8.	339,3	336,4	328,8	267,5	329,8
Dt. österr. K .	28. 8.	15851	15732	15491	12853	.
Franz. Frank.	29. 8.	2,50	2,47	2,42	.	.
PfundSterling	29. 8.	1,09	1,08	1,06	0,877	1,09
Dollar	29. 8.	—	.	0,966	0,804	0,994

¹) Die Entwertungszahl gibt an, den wievielten Teil des Friedenskurses einer Währung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt.

Geldmarkt-Sätze

Berlin tägliches Geld

22. 8.....	5½—6 %	26. 8.....	5½—7 %
23. 8.....	5½—6½ %	28. 8.....	6 —9 %
24. 8.....	5½—6½ %	29. 8.....	6½ u. höher
25. 8.....	5½—6½ %		

London	Tägliches Geld	Privat-Diskont (3-Monatsw.)	Handelswechsel (3 Monate)
21. 8....	1½—2%	2⅜—1⅞%	3—3½
22. 8....	1½—2	2¼—⅜	3—3½
23. 8....	1½—2	2¼—⅜	3—3½
24. 8....	1½—2½	2⅜	3—3½
25. 8....	1½	2½	3
26. 8....	1 —2	2⅞—½	3—3½

New York	tägl. Geld	Handelsw.		tägl. Geld	Handelsw.
21. 8.....	3½—¾ %	4—4¼	24. 8...	3¾ %	4¼
22. 8.....	3½—4 %	4—4¼	25. 8...	3¾—4 %	4—4¼
23. 8.....	3½—4 %	4—4¼	26. 8...	3¾—4	4—4¼

Diskontsätze

		letzte Ändrg.			letzte Ändrg.
Moskau .....30 %	1. 8. 22	Kristiania .... 5 %	17. 8. 22
Helsingfors ... 9 „	8. 11. 20	Kalkutta ..... 5 „	15. 6. 22
Tokio ..... 8 „	18. 11. 19	Prag ..... 5 „	27. 4. 22
Lissabon ..... 7 „	3. 9. 20	Kopenhagen .. 5 „	24. 4. 22
Wien..... 7 „	29. 11. 21	Paris ..... 5 „	11. 3. 22
Warschau .... 7 „	9. 21	Brüssel..... 4½ „	8. 6. 22
Sofia ..... 6½ „	14. 6. 19	Stockholm.... 4½ „	1. 7. 22
Athen ..... 6½ „	15. 5. 20	Amsterdam ... 4 „	18. 7. 22
Berlin ..... 7 „	28. 8. 22	NewYork F.R.B.4 „	21. 6. 22
Bukarest ..... 6 „	4. 9. 20	Schweiz ..... 3 „	17. 8. 22
Rom ..... 5½ „	11. 7. 22	London ..... 3 „	12. 7. 22
Madrid ..... 5½ „	19. 5. 22		

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	19. 8.	28. 8.
Alexandrien, £: ...	97½ Pst	97 15/16 Pst	97 15/32 Pst
Bombay Rup.:	24 d	1 s 3 5/8—3 21/32 d	1 s 3 9/16—3 19/32 d
Hongkong, $:	—	2 s 6¾—7¼ d	3 s 6⅝—7⅛ d
Schanghai, Tael: ..	—	3 s 5⅛—5⅞ d	3 s 5⅛—6⅛ d
Singapore, $:	—	2 s 3 15/16—4 1/32 d	2 s 3 15/16—4 1/32 d
Yokohama, Yen: ...	24,58 d	2 s 1 5/8—2 13/16 d	2 s 1 5/8—1¾ d
Manila $:.....	24,066 d	2 s 2⅜ d	2 s 2⅛ d
Montev. T. T., $:...	51 d	43—43½ d	42½—44 d
Rio de Jan., Mil.: .	27 d	7¼ d	7¼ d
Buen. Air. T. T., $: .	47,58 d	44—44¼ d	43¾—44 d
Valpar. 90 T., £: ..	13⅛ Pesos	32,10 $	31,20 $
Mexiko, $:	324,58 d	25—28 d	25—28 d

Deutschlands Leistungen aus dem Friedensvertrag

(nach „Ind.- u. Handelsztg." Nr. 184 vom 23. 8. 22)

Direkte Leistungen:

I. Vor- und Sachleistungen

		in Goldmark
1.	Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten	5 400 000 000
2.	Handelsflotte ohne Amerika-Schiffe	4 400 000 000
3.	Rücklaßgüter	1 800 000 000
4.	Rollendes Eisenbahnmaterial und Ersatzteile, ferner Eisenbahnwagenpark in d. Abtretungsgebieten	1 501 000 000
5.	Saargruben	1 000 000 000
6.	Industrielle Maschinen für den Wiederaufbau	871 000 000
7.	Kohlen, Koks und Nebenprodukte	692 000 000
8.	Tiere	299 000 000
9.	Binnenschiffe, Hafenmaterial, fünf Eisenbahnschiffsbrücken über den Rhein, Überseekabel	218 000 000
10.	Bergverwaltung, Farbstoffe, Schrotterlöse, landw. Maschinen und Aktien der amerikanischen Staatsbank	132 000 000
	Summa I: Goldmark	16 313 000 000

II. Barleistungen

1.	bis 31. Mai 1921: Devisen	150 000 000	
	Gold der Reichsbank	68 000 000	
	Kredite	270 000 000	
			488 000 000
2.	bis 31. August 1921:		
	Goldankauf	15 000 000	
	Silberlombard	58 000 000	
	Devisen	439 000 000	
	Außerdem	87 000 000	
			599 000 000
3.	8 Raten zu 31 Mill. ℳ		248 000 000
4.	3 Raten zu 50 Mill. ℳ		150 000 000
5.	1 Rate zu 33 Mill. ℳ		33 000 000
6.	26 % aus dem Recovery Act bis 31. Dez. 1921		36 100 000
	„ „ bis 1. Juni 1922		41 300 000
7.	Ausgleichsverfahren:		
	bis Ende 1920	164 000 000	
	bis Ende 1921	304 000 000	
	bis 1. Juni 1922	120 000 000	
	nach dem 1. Juni 1922	10 000 000	598 000 000
	Summa II: Goldmark		2 193 400 000

		in Goldmark
III.	Interne Besatzungskosten 14 Milliarden Papiergeld	
IV.	Auslandsschäden 815 Milliard. P.-ℳ	1 036 500 000
V.	Kolonialschäden 260 Milliard. P.-ℳ	
VI.	Verlust der deutschen Ansprüche an unsere Kriegsverbündeten	7 000 000 000
VII.	Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland	11 700 000 000
	Insgesamt Goldmark	38 242 990 000

*

Der Ankauf von Gold für das Reich durch Reichsbank und Post geschieht jetzt zum Preise von 2500.— ℳ für ein 10-Markstück, während Silber mit dem 120fachen des Geltungsbetrages bezahlt wird. — Die Goldankaufspreise haben sich seit Beginn der Aktion des Reichs folgendermaßen gestaltet (für ein 10-Markstück):

	in der Zeit vom				in der Zeit vom			
1921	1. 6. — 11. 6.	130 ℳ		1922	23. 1. — 5. 3.	390 ℳ	
„	12. 6. — 25. 6.	140 „		„	6. 3. — 19. 3.	425 „	
„	26. 6. — 3. 7.	150 „		„	20. 3. — 26. 3.	475 „	
„	4. 7. — 16. 7.	155 „		„	27. 3. — 3. 6.	600 „	
„	17. 7. — 31. 7.	160 „		„	5. 6. — 18. 6.	550 „	
„	1. 8. — 11. 9.	170 „		„	19. 6. — 25. 6.	625 „	
„	12. 9. — 18. 9.	195 „		„	26. 6. — 2. 7.	700 „	
„	19. 9. — 2. 10.	225 „		„	3. 7. — 23. 7.	850 „	
„	3. 10. — 16. 10.	240 „		„	24. 7. — 30. 7.	950 „	
„	17. 10. — 23. 10.	270 „		„	31. 7. — 6. 8.	1000 „	
„	24. 10. — 6. 11.	300 „		„	7. 8. — 20. 8.	1250 „	
„	7. 11. — 13. 11.	360 „		„	21. 8. — 28. 8.	1750 „	
„	14. 11. — 4. 12.	425 „		„	29. 8. — 4. 9.	2500 „	
„	5. 12. — 22. 1. 22.	360 „					

Der Goldzollaufschlag ist von 14 400 v. H. in der Vorwoche für die Zeit vom 23.—29. 8. 1922 auf 17 400 v. H. erhöht worden; für die Woche vom 30. 8—8. 9. beträgt er 21 900 v. H. — Seit Anfang 1920 hat das Aufgeld folgende Bewegung gezeigt:

1920	1. 1.	900	v. H.	1922	11. 7.	7 900	v. H.
„	25. 5.	700	„	„	19. 7.	9 400	„
„	10. 10.	900	„	„	26. 7.	10 400	„
1921	20. 10.	1 900	„	„	1. 8.	11 400	„
„	23. 11.	3 900	„	„	9. 8.	11 900	„
1922	1. 3.	4 400	„	„	16. 8.	14 400	„
„	1. 4.	5 900	„	„	23. 8.	17 400	„
„	25. 6.	6 400	„	„	30. 8.	21 900	„

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Mai 1922 (Vgl. Heft Nr. 33 v. 18. 8.)

Namen, Ort	Betrag in 1000 ℳ	Ausgabekurs in %
Handelsgewerbe		
Neugründungen		
Gebr. Liebmann & Oehme, A.-G., Köln	6000	100
Leopold Löwensberg, A.-G., Hamburg	2500	100
Christian Mendel, A.-G., Mainz	3000	100
„Orag", Oberbayerische Rohstoff-A.-G. f. d. Schneidergewerbe, München	5500	100
Rohprodukten-A.-G., Bielefeld	800	100
Schocken, Kommd.-Ges. a. A., Zwickau	12000	100
Siemens-Textil-A.-G., Frankf.	10000	100
Carl Stange, A.-G., Magdeb.	8000	100
Textil-A.-G. Kasigo, Berlin	1000	100
Ver. Oberschlesische Bier-Verlags- u. Likör-Vertriebs-A.-G., Kattowitz	2000	100
„Zinnsoldat", A.-G. f. Spielwaren-Vertrieb, Berlin	20	100
Kapitalserhöhungen		
A.-G. f. Handelsstätten der Schlesischen Leinenweberei u. Wäscheversandhaus Kramer & Co., Berlin	1500	[38])
Barbarina, Kilp & Otto Pfaeffle, A.-G., München	8000	140
Berliner Handels- u. Industrie-A.-G., Berlin	200	100
L. A. Epstein, A.-G., Frankf.	2000	105
Hermann & Co., A.-G., Düsseldorf	5000	100
„Nordland", Handels- u. Schiffahrts-A.-G., Hamburg	200	100
„Osten", A.-G. f. Handel u. Industrie, Breslau	2000	100
Wachs & Flößner, A.-G., Dresden	2000	100
Immobilienhandel und Verwertung		
Neugründungen		
Am Nordring, Grundstücksverwalt.- u. Verwert.-A.-G., Berlin	50	100
Am Tempelhofer Stadtpark, Grundstücksverwalt.- u. Verwertungs-A.-G., Berlin	50	100
Ein-Familienhaus, 40 verschiedene A.-G. m. Eigennamen, Akt.-Kapit. je 5000 ℳ, Liebenwalde i. d. Mark	200	100
iswarder Land-A.-G., Nordenham	1400	100
Erbbau-A.-G., Bocholt	500	100
Haus Weimarer Str. 27/28, A.-G., Berlin	50	100
Haus Wilmersdorfer Gartenstraße 7, A.-G., Berlin	30	100
Rhena-Palatenhaus, Würzbg.	500	100
Wohnhaus Carmerstraße 2, Grundstückserwerbs- u. Verwertungs-A.-G., Berlin	260	100
Kapitalserhöhungen		
Duisburger Gemeinnützige Bauges., A.-G., Duisburg	477	100
Königstadt, A.-G. f. Grundstücke u. Industrie, Berlin	800	100
Viersener Bauges., Viersen	500	100
Banken		
Neugründungen		
Agrar- u. Commerzbank A.-G., Kattowitz	5000	100
Elbebank A.-G., Hamburg	6000	100
Handels- u. Gewerbebank, Frankfurt	5000	[39])
Spar- u. Kreditbank A.-G., Ottweiler	2000	100

V = Vorzugsaktien. [38]) 500 000 ℳ zu 130 %, 1 Mill. ℳ V zu 100 %. [39]) 4 Mill. ℳ zu 120 %, 1 Mill. ℳ V zu 100 %. [40]) 135 Mill. ℳ zu 180 %, 10 Mill. ℳ V zu 100 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabekurs in %
Kapitalserhöhungen		
Bank f. Niedersachsen A.-G., Hannover	9000	100
Bank f. Saar- u. Rheinland	30000	170
Bankverein f. Schleswig-Holstein, Neumünster	30000	100
Bayerische Vereinsb., Münch.	145000	40)
Bergische Bank A.-G., (fr. Lüttringhauser Bank A.-G.), Remscheid	4000	130
Deutsch-Nordische Handelsbank A.-G., (fr. Vorschußanstalt f. Ludwigslust), Berl.	5000	100
Deutsche Verkehrsbank A.-G., (fr. Mehorner Spar- u. Vorschuß-Verein), Berlin	9975	100
Hamburg. Privat-Bank v. 1860	10000	41)
Ibbenbürener Volksbank A.-G., Ibbenbüren	2945	100
Niederlausitzer Bank A.-G., Cottbus	20000	134
Sauerländischer Bankverein A.-G., Meschede	2000	120
Siegener Bank f. Handel u. Gewerbe, Siegen	12000	125
Warenkreditbank A.-G., Berl.	6000	118
Hypothekenbanken		
Kapitalserhöhungen		
Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank, München	200000	42)
Versicherungsgesellschaften		
Neugründungen		
Allg. Krankenversicherung A.-G., Berlin	300	100
Düsseldorfer Lloyd-Versicherungs-A.-G., Düsseldorf	15000	100
Krefelder Versicherungs-A.-G., Krefeld	25000	100
„Flavia", Rückversicherungs-A.-G., Plau i. Meckl.	250	100
Kapitalserhöhungen		
„Atlas"-Rückversicherungs-A.-G., Berlin	1000	100
Treuhandgesellschaften		
Neugründungen		
A.-G. f. Verwaltung von Genossenschaftsvereinigungen, Berlin	20	100
Verkehrsgesellschaften		
Neugründungen		
Norddeutsche Lagerei-A.-G., Hamburg	2000	105
Kapitalserhöhungen		
Elbe-Speditions-A.-G., Hmbg.	1200	100
Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellsch., Hamburg	4000	100
Ostdeutsche Speditions- u. Lagerhaus-A.-G., Berlin	2000	108
Taxameter-A.-G., Berlin	975	102
Wieler & Hardtmann, A.-G., Danzig	1400	100
Klein- und Straßenbahnen		
Kapitalserhöhungen		
Haffuferbahn-A.-G., Elbing	3000	100
See-Schiffahrt		
Kapitalserhöhungen		
Emder Reederei-A.-G., Hmbg.	48000	43)
Fluß-Schiffahrt		
Neugründungen		
Schiffahrts-Speditions-A.-G. „Damco", Duisburg	3000	110
Kapitalserhöhungen		
Neue Norddeutsche Fluß-Dampfschiff.-Ges., Hmbg.	6700	44)
Hotels		
Neugründungen		
A.-G. des Westens, Berlin	3000	100
Kurhaus-Alexanderbad-A.-G., München	50	100
Kapitalserhöhungen		
Deutsche Bäder- u. Hotelbetriebs-A.-G., Bremen	700	100
Frankfurter Hof, Frankfurt	4400	45)
Hotel-A.-G., München	2750	270
Bäder, Quellenprodukte		
Kapitalserhöhungen		
Neue Selterser Mineralquelle A.-G., Selter	378	100
Soolbad Raffelberg A.-G., Mülheim	307	100

Zus. 220 Neugründung. mit 858 405 000 M.
„ 290 Kapitalserhöh. „ 2 949 044 000 „
Neu investiert ..... 3 807 449 000 M

Im Mai 1921:
74 Neugründungen ... mit 330 315 000 M.
152 Kapitalserhöhungen „ 769 173 000 „
Neu investiert ... 1 099 488 000 M.

Fab. Landau

41) 9 600 000 M. zu 150 %, 400 000 M. V zu 100 %. 42) 100 Mill. M. zu 200 %, 100 Mill. M zu 100 %. 43) 45 Mill. M. zu 125 %, 3 Mill. M. V zu 100 %. 44) 4 200 000 M. zu 139 %, 2 500 000 M. V zu 100 %. 45) 4 Mill. M. zu 280 %, 400 000 M. V zu 107½ %.

Warenpreisparitäten

bearbeitet im Betriebswirtschaftlichen Seminar der Handelshochschule Berlin (C 2, Spandauer Str. 1)

Berlin—New York

Datum	Devis.-kurs	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Waren-preis-parität	Preis-unterschied in %	Devis.-kurs
	1 $ = M.	Blei		Zink		Zinn		Silber		Elektrolytkupfer		Weizen		Baumwolle (Bremen-New-York)		Baumwolle (Bremen-New Orleans)		1 $ = M.
21. 8.	1170.—	1025.56	+ 14.08	1143.15	+ 2.34	1143.89	+ 2.28	1105.61	+ 5.82	1239.62	— 5.61	1237.45	— 5.45	1215.39	— 3.73	1185.45	— 1.30	1170.—
22. 8.	1300.—	1077.73	+ 20.62	1211.81	+ 7.27	1280.76	+ 1.50	1349.83	— 3.69	1249.03	+ 4.07	1239.49	+ 4.88	1436.95	— 9.53	1426.17	— 8.84	1300.—
23. 8.	1440.—	1266.80	+ 13.67	1446.94	— 0.48	1370.76	+ 5.05	1754.78	— 17.93	1401.93	+ 2.71	1345.74	+ 7.—	1653.53	—12.91	1624.60	— 11.36	1440.—
24. 8.	1975.—	1815.12	+ 8.80	2100.48	— 5.97	1995.35	— 1.01	2617.77	— 24.55	1827.19	+ 8.08	1691.42	+16.76	2020.71	— 2.26	1992.26	— 0.86	1975.—
25. 8.	1850.—	1663.86	+ 11.18	2025.72	— 8.67	1856.25	— 0.33	2662.52	— 30.51	2407.—	—23.14	1698.57	+ 8.91	2317.92	—20.18	2291.66	— 19.27	1850.—

Berlin—London

	1 £ = M.	Blei		Zink		Zinn		Silber		Elektrolytkupfer		Kupfer		Nickel		Baumwolle Bremen-Liverpool		1 £ = M.
21. 8.	5260.—	5398.19	— 2.56	5080.15	+ 3.54	5245.41	+ 0.27	5278.19	— 0.34	5597.63	— 6.03	5411.08	— 2.79	5009.94	+ 4.99	5033.77	+ 4.49	5260.—
22. 8.	5825.—	5940.96	— 1.95	5445.91	+ 6.96	5869.36	— 0.75	6443.85	— 9.60	5640.15	+ 3.27	5983.64	— 2.65	5535.46	+ 5.23	5941.61	— 1.96	5825.—
23. 8.	6475.—	6983.24	— 7.27	6502.58	— 0.42	6281.80	+ 3.07	8377.—	— 22.70	6302.30	+ 2.74	6385.23	+ 1.40	6271.19	+ 3.24	6731.27	— 3.80	6475.—
24. 8.	8850.—	10160.02	— 12.89	9747.23	— 9.20	9145.09	— 3.22	12433.05	— 28.81	8273.07	+ 6.97	9103.47	— 2.78	8583.48	+ 3.10	8353.28	+ 5.94	8850.—
25. 8.	8250.—	9562.72	— 13.72	9445.10	— 12.65	8508.60	— 3.03	12645.58	— 34.75	11057.38	— 25.38	8720.40	— 5.39	8022.92	+ 2.83	9363.63	— 11.89	8250.—

New York—London

	1 £ = $	Blei		Zink		Zinn		Silber		Elektrolytkupfer		—		—		Baumwolle New-York-Liverpool		1 £ = $
21. 8.	4.4812	5.2636	— 14.86	4.4439	+ 0.83	4.5855	— 2.27	4.7740	— 6.13	4.5155	— 0.76	—	—	—	—	4.2462	+ 5.52	4.4812
22. 8.	4.4775	5.5124	— 18.77	4.4940	— 0.36	4.5826	— 2.29	4.7738	— 6.20	4.5155	— 0.84	—	—	—	—	4.1661	+ 7.46	4.4775
23. 8.	4.4750	5.5124	— 18.82	4.4940	— 0.42	4.5826	— 2.34	4.7738	— 6.25	4.4954	— 0.45	—	—	—	—	4.1433	+ 7.99	4.4750
24. 8.	4.4762	5.5974	— 20.03	4.6404	— 3.54	4.5832	— 2.33	4.7494	— 5.75	4.5277	— 1.13	—	—	—	—	4.1928	+ 6.74	4.4762
25. 8.	4.4737	5.7472	— 22.16	4.6623	— 4.05	4.58 37	— 2.40	4.7494	— 5.80	4.5938	— 2.61	—	—	—	—	4.0859	+ 9.48	4.4737

Verglichen werden:

Berlin	Originalhütten-weichblei	Hüttenrohzink (Preis im freien Verkehr)	Hüttenzinn mindestens 99 %	Silber in Barren ca. 900 fein	Elektrolytkupfer Wirebars	Raffinadekupfer 99 %	Reinnickel 98—99 %	Märkischer Weizen	American fully middling loco (B'wolle Bremen)
London	Blei nahe Sichten	Zink nahe Sichten	Zinn per Kasse	Silber 925 fein	Elektrolytic	Kupfer per Kasse	Nickel für Ausfuhr		American good middling (B'wolle Liverp.)
New York	Blei loko	Zink	Zinn loko	Auslandssilber 925 fein	Elektrolytkupfer loko			Weizen Rotwinter	middling loco (New York und New Orleans)

Weltmarktpreise

Ware	Börse	Handelsübliche Form	Ende 1913 Notierung	Ende 1913 Preis in M. Friedens-Par.	Juli-Durchschnitt Notierung	Juli-Durchschnitt Preis in M. Friedens-Parität	Juli-Durchschnitt Preis in M. Kurswert	August-Notierungen 21. 8.	22. 8.	23. 8.	24. 8.	25. 8.
Kolonialwaren				je kg	—	je kg	je kg					
Kaffee	Hamburg	Santos g.a. gew. unverz. M je ½ kg	0.26	0.26	89.78	89.78	89.78	—	$ 18.--23.-	210.6-269.1	—	—
"	New York	Rio Nr. 7 loko cts je lb	9.—	0.80	10.38	0.92	113.66	9.87	9.87	9.87	9.9¼	10.—
Tee	London	Ceylon, Souch. s je lb	—/8½	1.51	—/11½	2.18	23¾.¾	1/3—1/6	1/¾—1/7	1/¾—1/7	1/2—1/6	1/01½-1/8½
Kakao	Hamburg	Accra s je cwt	M. 60.—	M. 60.—	47.9	0.96	105.05	45/3	¾¾/6	¾¾/6	¾¾/—	—
Zucker	"	ab Freihafen M. je kg	0 39	0.39	36.87	36.87	36.87	$4.95 p 100 lbs	$ 4.95	$ 4.95	$ 4.60	$ 4.60
"	New York	Centrifugals cts je lb	3.12	0.28	5.09	0.45	55.73	5.15	5.15	5.08	4.88	4.80
Reis	Hamburg	Burma loko M. je kg	0.25	0.25	14/10	0.30	32.63	15/3	15/3	15/3	15/3	15/3
"	London	Burmah loko s je cwt	7—7½	0.15	14/9	0.30	32.63	15/3	15/3	15/3	15/3	15/3
Getreide				je 100 kg		je 100 kg	je 100 kg					
Weizen	Hamburg	loko M. je 50 kg	10.25	20.50	1144.—	1144.—	1144.—	2500—2600	2600—2750	2850—2950	3800.—	3800—4000
"	Buenos Aires	fob $ je 100 kg	8.10	32.81	12.77	51.72	2360.—	11.60	11.50	11.55	11.45	11.55
"	New York	Hardwinter cts je bush.	100½	15	132.18	19.56	2412.—	117.50	119.50	120.25	120.—	121.50
"	Chicago	cts je bush.	68½	10.9	112.48	16.65	2052.—	102.50	102.75	103.75	102.87	103.37
Mais	Hamburg	La Plata loko M. je 100 kg	ca. 7.50	7.50	844.—	844.—	844.—	2100—2150	2250—2300	2480—2550	3200.—	3100—3300
"	New York	cts je bush. loko	68½	10.9	77.99	12.—	1478.—	76.—	77.—	78.50	78.50	80.50
"	Chicago	cts je bush loko	68½	10.9	64.35	10.23	1260.—	54.25	55.25	55.62	55.75	55.37
"	Buenos Aires	fob $ je 100 kg	5.15	20.85	8.08	32.72	1499.—	8.15	8.15	8.15	8.29	8.35
Hafer	Berlin	Märkischer M. je 50 kg	16.20	32.40	953.—	953.—	953.—	2300—2350	2500—2600	2650—2700	3200—3500	3200—3400
"	Chicago	cts je bush.	38¾	16.04	35.94	10.06	1230.—	31.12	31.75	31.87	33.12	32.50
"	Buenos Aires	fob $ je 47 kg	5.55	47.82	9.45	81.55	3734.—	9.15	9.15	9.15	9.15	9.15
Roggen	Berlin	loko M. je 50 kg	8.25	16.50	843.—	843.—	843.—	2000—2050	2100—2200	2200—2400	2900—3100	2900—3100
"	Chicago	cts je bush.	70	11.1	84 23	13.40	1650.—	70.50	70.37	71.—	70.75	71.50
Gerste	Hamburg	Sommer-Gerste M. je 50 kg	8.50	17.—	988.—	988.—	988.—	2300—2400	2300—2400	2400—2500	2950—3200	3000—3200
"	"	Auslandsgerste M. je 50 kg	—	—	928.—	938.—	938.—	2200—2250	2400—2500	2600—2700	—	3600—3700
Oele, Oelfrüchte				je1000kg		je 1000 kg	je 1000 kg					
Baumwollsaatöl	New York	loko cts je lb	6.75	—	10.70	950.—	117159.—	9.50	9.50	9.67	9.50	9.60
Palmkernöl	Hamburg	M. je kg netto	—	—	83.—	83.—	83.—	215.—	230.—	235.—	340.—	350.—
Kokosöl	"	" " "	—	—	83.—	83.—	83.—	215.—	240.—	240.—	340.—	375.—
Kopra	London	Ceylon cif £ je ton	32.26	644 6	26.10/—	532.—	57372.—	25.15/—	25.12/6	25.2/6	24.12/6	24./—
Leinöl	Hamburg	M. je kg	0.54	0.54	95.—	95.—	95.—	235.—	260.—	250.—	335.—	375.—
"	Hull	£ je ton	25	501.75	431½	873.—	94176.—	411½	403¼	40.—	39¼	39½
Raps	Berlin	M. je 50 kg	—	—	1827.—	1827.—	1827.—	3400—3500	3500—3600	3650—3800	4000—4200	4000—4200
Fleisch, Fette				je 100 kg		je 100 kg	je 100 kg					
Speck	Chicago	niedr. u. höchst. cts je lb	—	—	11.15	101.—	12209.—	9.50-10.75	9.50-10.75	9.50-10.75	9.50-10.75	9.50-10.75
Schweinefl.	"	cts je lb	20.20	188.4	—	—	—	—	—	—	—	—
Schmalz	Hamburg	steam lard $ je 100 kg	—	—	28½	120.—	14057.—	27¾	27¼	27¼	27½	28.—
"	"	Marke Kreuz, verzollt M. je kg	—	—	143.—	143.—	143.—	340.—	360.—	420.—	500.—	560.—
"	New York	cts je lb	—	—	11.25	104.—	12318.—	11.27½	11.25	11.32½	11.57½	11.42½
"	Chicago	cts je lb	10.67	99.50	11.22	104.—	12285.—	10.20	10.15	10.25	10.50	10.42½
Talg	Hamburg	M. je kg	—	—	85.—	85.—	85.—	185.--210.-	230.—	210.--220.-	300.—	340.—
"	New York	loko cts je lb	6.88	64.20	7.01	65.—	7675.—	6.87	6.87	7.—	7.—	7.—
Butter	Hamburg	M. je ½ kg	1.28	256.—	92.—	92.—	92.—	—	—	192.90	—	—
Faserstoffe				je kg		je kg	je kg					
Baumwolle	Bremen	loko Anf./Schluß M. je kg	1.29	1.29	267.50	267.50	267.50	645.20	715.6-722.5	808.5-826.6	1081.—	1155—1133
"	New York	Middl. cts je lb	12.60	1.12	22.17	1.96	242.75	23.20	22.80	22.90	22.70	—
"	New Orleans	loko cts je lb	—	—	22.—	1.95	240.80	22.63	22.63	22.50	22.38	22.—
"	Liverpool	amerik. good Middl. d je lb	—/6.68	1.18	—/12.90	2.30	282.50	—/13.12	—/13.1¼	—/13.27	—/13.—	—/13.07
"	"	Ägypt. d je lb	—/9.63	1.71	—/18.10	3.25	368.—	—/17.40	—/17.—	—/17.20	—/17.20	—/17.05
Wolle	Bremen	Cap gewaschen M. je kg	4.10	4.10	410.—	410.—	410.—	1500.—	—	—	1500.—	—
"	London	Austral Merino s je lb	2/11½	4.72	3.9	8.50	948.—	4/9	—	4/9	—	4/9
Jute	"	First marks £ je ton	35.10	712.48 (1000kg)	35.12.6	771.80 (1000 kg)	77116.— (1000 kg)	31/—	30.10/—	26.10/—	28.15/—	28.10/—
Seide	Deutschland	Rohseide Org. M. je kg Richtpr.	42.—	—	9710.	9710.—	9710.—	15000.—	—	15000.—	—	—
Hanf	London	Manila £ je ton	26.15	536.87	33.17.6	680.—	73340.—	34.15/—	34.15/—	34.15/—	34.10/—	34.10/—
Flachs	London	Riga Z. K. £ je ton	—	— (1000kg)	87.15/—	1761.— (1000 kg)	189978.— (1000 kg)	95.—	—	95.—	—	95.—
Kautsch., Terpent.				je kg		je kg	je kg					
Kautsch Crepe	London	Crepe s je lb	3/11½	6.98	—/7.3	1.48	158.75	—/7	—/6⅞	—/6⅞	—/6⅞	—/7
" Sheets	"	Sheets s je lb	3/11½	6.98	—/7.3	1.48	158.75	—/7	—/6⅞	—/6⅞	—/6⅞	—/7
" Para	"	Para s je lb	2 3	5.1	—/101½	1.97	212.50	—/10½	—/10½	—/10½	—/10½	—/10½
Terpentin	New York	cts je winch. gall.	45.75	0.40 (l)	121.—	1.06 (l)	131.30 (l)	127.—	127.—	127.—	122.—	122.—
"	Savannah	" " "	—	—	113.07	1.00 (l)	122.70 (l)	123.—	123.—	123.—	113.—	115.25
Schellack	Hamburg	Orange M. je kg	—	—	702.—	702.—	702.—	2200.—	2000.—	2350.—	2300.—	3000.—
"	London	Orange T. N. s je cwt	84—85	1.69	367/—	7.40	807.50	320.--325/-	320.--325/-	320.--325/-	320/--325/-	320/--325.-
Miner. Erzeugn., Metalle				je1000kg		je 1000 kg	je 1000 kg					
Salpeter	London	fob Chile s je quint. ab 1.7. 100 kg	8 01 2	188.5	18 71 2	190.—	20184.—	19 3	—	19/3	—	19/3
Petroleum	New York	loko cts je Gallone	11.23	—	15.50	0.14 (l)	16.82 (l)	15.50	15.50	15.50	15.50	15.50
Kupfer	Hamburg	M. je 100 kg	130	130.—	15835.—	158350.—	158350.—	35750.—	40150.—	46000.—	61000.—	59000.—
"	London	stand. Kasse £ je t	65 5	1300.0	63 5	1269.—	136034.—	64.—	63⅞	63⅛	62½	61⅞
"	New York	Elektro cts je lb	15	1320	13.97	1240.50	152961.—	14.—	13.—	13.—	14.—	13.—
Blei	Hamburg	M. je 100 kg	31—35	31—35	5132.—	51320.—	51320.—	13250.—	14500.—	16000.—	23000.—	21000.—
"	London	Kasse £ je ton	18 5	366.20	24.91	500.—	53929.—	24¾	24⅜	24⅜	24.—	23⅛
"	New York	loko cts je lb	4.15	365.20	5.75	506.—	62959.—	5.77	5.25	5.95	5.95	5.95
Zink	Hamburg	Roh M. je 100 kg	46.	—	6618.—	66180.—	66180.—	15400.—	17400.—	20000.—	33000.—	26250.—
"	London	£ je ton	21 2	431.5	29.07	583.—	62936.—	31 2	31⅛	31⅛	30⅛	30⅛
"	New York	loko cts je lb	5.32	472¾	5.69	505.—	62303.—	6.20	6.22	6.22	6.32	6.22
Eisen	Deutschland	Stabeisen M. je 1000 kg	98.—	98.	12370.	12370.—	12370.—	21070.	—	21330.	—	21330.—
"	London	Scotch pig iron Haemat. £ je ton	3.1	—	5.7	107.—	11539.—	5.5 - 5.6	—	5.7.6	—	5.7.6
"	New York	loko $ je ton	15.—	—	25.18	103.—	12221.—	30.—	30.—	32.—	32.—	32.—
Kohle	Deutschland	Bunkerkohle fob. fob getr. M. je t	13.40	13.40	2132.	2132.—	2132.—	3200.—	—	—	—	3200.—
"	England	beste Bunkerkohle fob. s je t	16.3	—	19 11	393.—	2156.—	23 —	—	—	—	—
Zinn	Hamburg	Banca Straits M. je 100 kg	427.40	427.40	34295.	342950.—	342950.—	83300.—	92250.—	101000.—	142500.—	123000.—
"	London	Straits Kasse £ je ton	169 1 2	3401.8	156.29	2137.	338363.—	161½	160⅜	160⅛	158⅝	157⅝
"	New York	loko cts je lb	—	—	31.62	2808.—	346222.—	32.75	32.50	32.50	32.25	32.—
Nickel	Berlin Hamburg	98/99 loko M. je 100 kg	320 330	320 330	30650.	306500.—	306500.—	71500.—	79000.—	89500.—	122500.—	113500.—
Silber	Berlin	900 fein M. je kg	81.55	je g.	10830.—	je g 10,830	je g 10,830	21750.—	30000.—	39000.—	58500.—	54500.—
"	London	d je oz	— 20⅜	je g 0.069	— 55.70	" 0.09	" 10,37	— 35	—/31⅜	—/31⅜	—/35⅛	—/35⅛
"	New York	ausländisch cts je oz	57½	2.30	70.32	" 0.09	" 11,10	69.62	69.12	69.12	69.50	69.50
"	"	inländisch " " "	83	3.32	99.62	" 0.13	" 15,72	99.62	99.62	99.62	99.62	99.62
Gold	Berlin	M. je kg	2790	—	319928.—	»319,928	» 319,928	760-815000	840-850000	865-880000	1100-1120000	1500-1550000
"	London	s je oz	84/10	27.91	92 10	» 3.03	» 320,79	92	92 —	92	92 2	92 2
Platin	Berlin	M. je g	—	—	1355.—	1365.—	» 1365	2800—3000	3000—3300	3800—4000	4500—4900	5000

Vermischtes

Französische Handelsspionage durch geheime Postzensur. Von der französischen Besatzungsbehörde wird der Postverkehr im Brückenkopf Düsseldorf durch eine bei dem Postamt 1 daselbst eingerichtete Zensurstelle überwacht. Neben dieser offenen Postüberwachung, die den Empfängern der davon betroffenen Sendungen durch Verschlußstreifen mit der Aufschrift „Controle postale militaire" bekannt wird, erfolgt zeitweise an einzelnen Stellen noch eine weitere heimliche Überwachung, ohne daß die ihr unterworfenen Briefsendungen äußerlich gekennzeichnet werden. Von der Geheimzensur werden besonders Sendungen von und an Behörden und von und an Handelsfirmen erfaßt. Die Vermutung, daß die Postüberwachung zu einer geheimen Handelsspionage ausgenutzt wird, hat sich bestätigt. Auch die von der belgischen Besatzungsbehörde bei dem Postamt in Duisburg 2 eingerichtete Postüberwachungsstelle führt neben der offenen Briefzensur eine geheime Überwachung aus. Es ist daher dringend geboten, daß Absender von Briefen nach dem Brückenkopf Düsseldorf größte Vorsicht beobachten und Mitteilungen, die den Besatzungsbehörden nicht bekannt werden sollen, nicht auf einem Beförderungswege an die Empfänger gelangen lassen, der die Sendungen der Gefahr der Eröffnung durch die Besatzungsbehörden aussetzt.

Argentinische Submission. Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat mit Bevollmächtigung der Kammern beschlossen, das Eisenbahnnetz der Meridian-Quinto-Bahn um 650 km mit schwerem und 180 km mit leichtem Unterbau, von 1 m Spurweite, mit dem zugehörigen rollenden Material, mittels eines Kostenaufwandes von 17 Mill. Goldpesos, zu erweitern und wird mit der nächsten Post weitere Einzelheiten über dieses Unternehmen einsenden. Nähere Nachrichten beim Argentinischen Generalkonsulat in Hamburg.

Neuerscheinungen

Einzusehen in der Bibliothek des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet werktäglich von 8—4 Uhr.

Asien

Report on the trade, industry and finance of Syria, 1921/22; by H. E. Satow. London: Stat. Office 1922. 25 S. (Department of Overseas Trade.)

De nuttige Planten van Nederlandsch-Indië. Von K. Heyne. 2. Aufl. D. 1. 1922. Batavia 1922: Ruygrok & Co. LXXX, 570 S. 8°. (Dep. van Landbouw, Nijverheid en Handel.)

Jaarverslag van de winning, het vervoer en den verkoop van Banka-Tin over het exploitatiejaar 1918. Weltevreden, Batavia 1921: Landsdrukkerij. VI, 181 S.

Treaties and agreements with and concerning China 1894—1919. Comp. and ed. by John V. A. Mac Murray. Vol. 2. Republican Period (1912—1919). New York: Oxford Univ. Pr. 1921. (Publications of the Carnegie Endowment for Internat. Peace. Div. of Internat. Law.)

The 21st financial and economic Annual of Japan, 1921. Tokyo: Governm. Print. Off. 232 S. (The Dep. of Finance.)

East India (Railway Committee, 1920—21). Report of the Committee appointed by the Secretary of State for India to enquire into the administration and working of Indian Railways. London: Stat. Off. 1921. 106 S. (Cmd. 51.)

East India (Industrial Commission). Report of the Indian Industrial Commission 1916—18. London: Stat. Off. 1919. (Cmd. 51.)

The Investor's India Year-book 1921 by Place, Siddons (u. a.). 9. Ed. Calcutta: Place. Siddons & Gough (1921).

Trade of Straits Settlements for 1920. (U. S. Dep. of Commerce. Suppl. to Commerce Reports. 1922.)

Regeeringsalmanak voor Nederlandsch-Indië. 1921. T. 1. 2. Weltevreden: Landsdrukkerij 1921. XXVI, 641 S. und XXXIII, 1116 S.

Verslag omtrent handel, nijverheid en landbouw van Nederlandsch-Indië gedurende 1920. Buitenzorg: 1921. Archipel-Drukkerij. VII, 241 S. (Department van Landbouw, Nijverheid en Handel, Buitenzorg. Publicaties van de Afdeeling Handel. 1921.)

Indië's jonge Kracht. Eenige der nieuwere gegevens omtrent de koloniale huishouding. Van C. Lekkerkerker. Amsterdam: Koloniaal Inst. 1921. 33 S.

Jaarboek van het Departement van Landbouw, Nijverheid en Handel in Nederlandsch-Indië. 1920. Batavia 1922: Ruygrok & Co.

The Japan Year Book. Compl. cyclopaedia of general information and statistics on Japan . . . for the year 1921—22, by Y. Takenob. 16th annual publ. (Tokyo:) Japan Year Book Office (1922).

China after the war by Hsu Shih-Chang. Transl. by the Bureau of Economic Information. Peking 1920. 164 S.

Mineral Enterprise in China. By William F. Collins. London: Heinemann (1918). XI, 308 S.

Aden 1920—21. (Commerce Reports. Ann. Series. Washington.)

Hongkong 1920. (Commerce-Reports. Ann. Series. Washington.)

Directory of Cebu, Philippine Islands 1921. Publ. by Cebu Chamber of Commerce. Cebu 1921.

Afrika

Gold Coast. Report for 1920. London: Stat. Office 1922. 49 S. (Colonial Reports — Annual — Nr. 1119.)

Beiträge zur Landeskunde von Südwestafrika. Von Fritz Jaeger und Leo Waibel. T. 2: Landschaften des nördlich. Südwestafrika von F. Jaeger. Berlin: Mittler 1921. 138 S. M. Abb. u. Kte. (Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten. Erg. H. 15.)

Breve Noticia das riquezas naturais de Angola. Possibilidade da sua produção e aspectos regionais agricolas. Von José F. de Sousa Monteiro. Loanda: 1921, Imprensa Nacional de Angola. 171 S. Aus: Boletim de Agricultura da Provincia de Angola. Sér. IV. 1920. Separata No. 3.

Catáloga descritivo de coleção de minerais enviados à Exposição de Londres. Acompanhado de breves notas sôbre a riqueza mineira da Provincia de Angola; von J. Bacellar Bebiano. Loanda 1921: Impr. Nac. 71 S.

The African World. Annual Edition 1921/22. London 1922.

Annuaire Statistique de l'Egypte. 1920. Année 12. Le Caire: Imprim. Nat. 1921. XII, 278 S. (Ministère des Finances.)

Mauritius. Report for 1920. London: Stat. Off. 1922. (Colonial Reports. Annual.)

Amerika

Annual Report of the Commissioner of Navigation to the Secretary of Commerce for the fiscal year ended June 30, 1921. Washington 1921: Government Print. Off. 183 S.

Mineral Resources of the United States 1918; Part. I: Metals. Part. II. Nonmetals. Washington: Governm. Print. Off. 1921. (United States Geological Survey.)

Pacific Ports Manual. 7th ed. Los Angeles, California: Pacific Ports, Inc. 1921. 544 S.

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Direktor des „Wirtschaftsdienst", G. m. b. H.; sämtlich in Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 5. — Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.

Aus Handel, Industrie und Schiffahrt.

Weinberg Schokoladen-Werke, Herford und Hamburg. 1872—1922.

Die Zeit nach 1870/71 brachte in Deutschland auf allen Gebieten eine große Umwandlung und schuf Verhältnisse, die über jeden Maßstab der vorangegangenen Zeit weit hinausreichten. Die gesteigerten Bedürfnisse stellten die Industrie vor immer größere Aufgaben.

Die Zeiten, da der Genuß von Schokolade und Konfekt das Vorrecht einer kleinen Oberschicht war, sind lange vorbei und die aus der bitteren Kakaobohne und dem Saft der süßen Rübe gewonnenen Erzeugnisse sind Gemeingut aller Volksklassen geworden und spielen heute eine sehr bedeutende Rolle in der deutschen Volkswirtschaft und Volksernährung. Die Wichtigkeit der Erzeugnisse der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie hat sich während des Krieges besonders deutlich gezeigt und es ist sehr interessant zu sehen, wie während der damals herrschenden ungemein schwierigen Lebensverhältnisse ihr Einfluß auf die Volksernährung sich geltend machte. Wenn die ärztliche Wissenschaft nicht schon den Beweis erbracht hätte, daß Kakao und Schokolade hohen Nährwert besitzen, so könnte man einen besseren Beweis für diese Tatsache nicht anführen, als die Erfahrungen der Kriegsjahre.

Trotzdem bis vor etwa fünfunddreißig Jahren die französischen wie überhaupt die ausländischen Süßigkeiten den Weltmarkt beherrschten, haben die führenden Männer der deutschen Schokoladen-Industrie den Wettbewerb erfolgreich aufgenommen. Dank der ständigen Verbesserung der deutschen Fabrikate und der technischen Fortschritte in der Herstellungsweise, sind die französischen Erzeugnisse längst überflügelt worden.

Heute steht die deutsche Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie, deren Hauptsitze in Groß-Hamburg, Berlin, Köln, Dresden und Herford i. W. sind, in voller Blüte und gibt vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen Brot und Lohn.

Mit zu den bedeutendsten Unternehmungen dieser Industrie gehören die Weinberg Schokoladen-Werke G. m. b. H. Herford-Hamburg, deren Begründer mit vollem Recht zu den Pionieren auf diesem Gebiet gezählt werden darf. Der Seniorchef des Hauses, Emanuel Weinberg, wurde am 22. Januar 1822 in Herford geboren. Er war ein praktischer, umsichtiger Kaufmann und hatte sich aus kleinsten Anfängen heraufgearbeitet. Als nach dem Friedensschluß 1871 der allgemeine Aufschwung in Deutschland einsetzte, hielt der damals Fünfzigjährige mit umsichtigem Blick die Zeit für gekommen, auch sein Haus auf eine vergrößerte Grundlage zu stellen. Schon vorher hatte er das allmähliche Aufblühen der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie mit großem Interesse verfolgt und ergriff nun freudigen Herzens die Gelegenheit, seine Ideen zu verwirklichen.

Seine Firma Emanuel Weinberg wurde 1872 ins Handelsregister eingetragen. Von früh bis spät unermüdlich in der Fabrik selbst nach dem Rechten sehend, verstand er es trotzdem, auch nach außen hin wertvolle Geschäftsverbindungen anzuknüpfen, und da es von Anfang an sein Geschäftsprinzip gewesen war, ausschließlich feine und feinste Erzeugnisse aus allerbestem Rohmaterial und in vornehmer, geschmackvoller Aufmachung in den Handel zu bringen, so ließ der Aufschwung nicht lange auf sich warten.

Aber nur wenig länger als ein Jahrzehnt war es dem tüchtigen Manne vergönnt, sich seiner Erfolge zu freuen. Er, der nie müßig gegangen war, hat am 5. Oktober 1883 die Augen geschlossen. An seine Stelle traten seine beiden ältesten Söhne, Julius und Bernhard, denen sich nach seiner Großjährigkeit auch der dritte Sohn des Begründers, Hugo Weinberg, zugesellte. Die Brüder, die alle eine ausgezeichnete Fachausbildung erhalten hatten, führten das Geschäft im Sinne ihres Vaters weiter. Es gelang ihnen, den Weinberg-Erzeugnissen immer weitere Absatzgebiete in der ganzen Welt zu erschließen und die Firma auf eine bedeutende Höhe zu bringen. Im Jahre 1907 wurde die emporblühende Firma von großem Unglück betroffen. Innerhalb zweier Monate verstarben die beiden jüngeren Chefs. Julius Weinberg, bis dahin Alleininhaber der Firma, starb 1915. Seit dieser Zeit stehen sein Sohn Emil und sein Neffe Fritz Weinberg und seit jüngster Zeit auch Herr Erich Weinberg an der Spitze des Unternehmens. Sie dürfen ohne Überhebung sagen, daß sie das Erbe ihrer Väter zu immer größeren Ehren gebracht haben.

Dem von Jahr zu Jahr steigenden Umsatz mußte naturgemäß auch der Fabrikbetrieb angepaßt werden. Die Inhaber haben es sich stets angelegen sein lassen, ihren Betrieb mit den besten und leistungsfähigsten Maschinen auszustatten. Sie waren auch Meister, jeden Winkel ihres Grundstücks voll und ganz auszunutzen. Als schließlich die letzte Ausdehnungsmöglichkeit erschöpft war, mußte man sich notgedrungen zur Auswanderung von der so liebgewordenen Stätte entschließen. Genau 40 Jahre nach der Gründung, im Jahre 1912, wurde die neue großangelegte Fabrik, außerhalb des Weichbildes der Stadt Herford, bezogen. Es wäre unmöglich, an dieser Stelle eine Beschreibung der mit allen Anforderungen der Neuzeit ausgestatteten Anlage zu geben. Es ist selbstverständlich, daß, getreu der Tradition der Firma, für das Wohl der Arbeiterschaft in weitgehender Weise Sorge getragen wurde, besonders vom Standpunkt der Hygiene.

Der sich immer mehr ausdehnende Ruf der Firma, die immer größer werdende Nachfrage nach den Weinberg-Fabrikaten, die ungeahnte Ausdehnung des Auslandsgeschäftes machten es erforderlich, eine weitere Fabrikanlage zu schaffen. Hierfür erschien als besonders geeigneter Platz die alte Hansestadt Hamburg. Es gelang, das ausgedehnte Gelände einer ehemaligen Brauerei in Altona-Bahrenfeld zu erwerben, aus der nach gründlichem Um- und Neubau eine zweite Fabrik erstand. War schon die neue Herforder Fabrik ein mustergültiges Unternehmen, so wurde das Hamburger Werk durch die Erfahrungen von Jahrzehnten zu einer in jeder Hinsicht mustergültigen Fabrikanlage. Seine Leitung wurde Herrn Fritz Weinberg übertragen und die Firma selbst durch die Vereinigung der beiden Werke unter einheitlicher Führung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Nunmehr wurde auch an eine wesentliche Erweiterung der über die ganze Welt verbreiteten Verkaufsorganisation gedacht. In größeren wie auch kleineren Städten sind in allen tonangebenden Geschäften die Weinberg-Erzeugnisse zu finden.

Die Lage des Betriebs an einem der Brennpunkte des deutschen Wirtschaftslebens, im Gebiet von Groß-Hamburg, ermöglicht es der Geschäftsführung, die zur Fabrikation benötigten Rohstoffe, besonders den Rohkakao, zu den günstigsten Bedingungen und in besten Qualitäten hereinzubringen. So wird die Güte des Fabrikats verbessert, sein Preis dagegen verbilligt.